Nummer 67 - 1/2010 -15. Jahrgang

Spende: 1.- Euro

TIERRA Y LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

Wann - wenn nicht jetzt?

Bienvenid@s

Liebe Leserinnen und Leser,

Das eifrige Arbeitsklima und die gute Stimmung am Redaktionswochenende der aktuellen Ausgabe wurde überschattet von schlechten Nachrichten aus Mexiko: Erneute Auseinandersetzungen Mitte Januar im Gebiet der Wasserfälle von Agua Azul um die immer währende Frage um Landtitel, sowie die Räumung einer Gemeinde im Gebiet des Lakandonischen Regenwaldes am 22. Januar. Landkonflikte und Vertreibungen sind seit Jahren – nicht nur in Chiapas – alltägliche Ereignisse im Rahmen der Aufstandsbekämpfung. Diese haben sich vor dem Hintergrund einer erneuten Intensivierung sozioökonomischer Programme und einer Politik der 'harten Hand' der Regierung Calderón verstärkt – mit drastischen Folgen für (nicht nur zapatistische) indigene und kleinbäuerliche Gemeinden.

Grund genug für uns, weiterhin über die sozialen Kämpfe weltweit und insbesondere die Entwicklungen in Chiapas und Mexiko zu informieren und sich solidarisch zu zeigen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die dringende Notwendigkeit, beispielsweise an den Urgent Actions zu Menschenrechtsverletzungen, wie sie auf der Seite chiapas98.de in (leider) regelmäßigen Abständen einzusehen sind, teilzunehmen. Mensch mag die Effektivität nicht plausibel erscheinen, doch für die Betroffenen ist es eine äußerst wichtige Unterstützung – sei es, dass sich die mexikanische Regierung wirklich dadurch genötigt fühlt, unter falschen Beschuldigungen Verhaftete frei zulassen oder vorsichtiger mit offenen Aggressionen gegenüber Sozialen Bewegungen zu sein. Und vor allem ist es für die AktivistInnen eine unschätzbare moralische Unterstützung.

Protest, würdige Wut und gelebte Utopie gibt es überall! In Panamá oder hier vor Ort: Vom 7. bis 9. Mai 2010 laden wir euch herzlich ein zu einem rebellischen Zusammenkommen in Frankfurt, organisiert vom Ya-Basta-Netz, um die Welt zu verändern – hier und jetzt!

Zudem gibt's Berichte vom Europäischen Zapatista-Solitreffen in Paris und dem Gegenbesuch einiger Menschen vom Ya-Basta-Netz bei den Anarchists against Wall in Israel/Palästina, die vor mehr als einem Jahr hier von ihren Kämpfen berichtet hatten (siehe TyL # 65).

Viel Spaß beim Lesen!

Eure Redaktion der Tierra y Libertad # 67

P.S.: Die einzelnen Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider, denn die TyL ist ein Projekt des Ya-Basta-Netzes – und so heterogen wie das Netz, so auch die Auswahl der Artikel. Anregungen und konstruktive Kritik sind immer willkommen!

Inhalt:

Etwas Unerledigtes - Holloway S.3
Ungewissheit in Chiapas S.5
Kurzmeldungen S.9
Der „gescheiterte" Staat S.11
Einladung ‚Die Welt verändern' - Kongress Frankfurt S.14
Gelebte Utopie S.16
Vorstellung Ya-Basta-Netz S.17
Interview mit La Nacha S.18
Urgent Action: Entführung durch Militär S.19
„Der Femizid ist ein Staatsverbrechen"..... S.20
Caminata Indígena .....S. 21
Besucht bei den Anarchists Against the Wall S.24
Europäisches Solidaritätstreffen in Paris S.27

Impressum:

HerausgeberInnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Café Libertad Kollektiv und
Zapapres e.V.

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net
c/o Zapapres e.V.
Postfach 306126, 20327 Hamburg
V.i.S.d.P. : C. Ramona
Dahlweg 64 , 48153 Münster
Auflage: 2200 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net
Spendenvorschlag bei Bestellungen:
1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare- 4 Euro
10 Exemplare- 6 Euro
20 Exemplare- 10 Euro
50 Exemplare- 22 Euro
am Jahresende können Spendenbescheinigungen
(ab 10 Euro) ausgestellt werden

bei Bestellungen aus dem Ausland bitten wir um
eine 1-2 € höhere Spende

Die Tierra y Libertad
wird erstellt mit

Scribus
Open Source Desktop Publishing
www.scribus.net

Manchmal scheint es unmöglich

Etwas Unerledigtes

Die Wut ist da. Wut angesichts der Zerstörung der Welt durch den Kapitalismus, der Zerstörung unserer Leben und der Leben unserer Lieben. Wut angesichts der Verschwendung von so viel Potential, so viel Kreativität, so viel Leben durch Arbeitslosigkeit und Arbeit. Wut angesichts der Armut und des Hungers in einer Welt des Reichtums. Wut angesichts des Massakers am nicht-humanen Leben und der selbstmörderischen Auslöschung eines öko-sozial möglichen Zusammenlebens. Wut, wenn wir die Welt sehen, die wir schaffen, und sie mit der vergleichen, die wir erschaffen könnten.

Die Würde ist da. Viele Menschen, die gegen den Strom schwimmen, die auf unterschiedliche Weisen kämpfen, um nicht der Logik des Kapitals zu folgen; die versuchen, würdig in, gegen und jenseits einer Welt zu leben, die auf der Negation der Würde basiert. Die Gemeinden in Chiapas, die eine andere Form aufbauen ihre Kinder zu bilden, die LehrerInnen in Puebla, die sich erhoben haben, um eine würdevolle Bildung in ihren Schulen aufzubauen, die Studierenden der ganzen Welt, die gegen die Privatisierung der Universitäten kämpfen und nicht akzeptieren wollen, dass Studieren lediglich das Training für ein kapitalistisches Arbeitsleben ist, die ProgrammiererInnen, die ihre Fähigkeiten einsetzen, um eine Software zur freien kollektiven Nutzung zu entwickeln.

Die würdige Wut ist überall

Die verschiedenartige Wut ist da, die verschiedenartige Würde ist da, die würdige Wut unterschiedlicher Art ist da, überall. Manchmal fühlen wir uns gelähmt und allein, obwohl wir nicht allein sind. Wie sollen wir die verschiedenartige Wut um uns berühren? Wir sind keine Minderheit, aber wir fühlen uns als Minderheit. So viele Frustrationen kurz vor dem Explodieren, aber das Geräusch kommt nicht, der Schrei ertönt einfach in unseren Köpfen, ein ums andere Mal. Wie zwei Liebende, die wissen, dass sie sich lieben, aber zwischen ihnen erheben sich Hindernisse. Wände aus Glas, und sie wissen nicht, wie sie sich ihrer entledigen und die Liebe der anderen berühren können. Es gibt kein Rezept wie die Mauern einzureißen sind. Es ist keine Frage von Institutionen. Die Liebenden heiraten und die Barrieren bleiben gleich. Wir gründen eine Partei oder eine Assoziation, aber anstatt die verschiedenartige Wut zu entfachen, besänftigen wir sie.

Vielleicht hilft es, den verschiedenen Arten von Wut und Enttäuschungen zuzuhören, den Lieben, die keine Stimme finden, das Unhörbare zu hören, das Unsichtbare zu sehen. Lernen, die verschiedenen Arten von Wut zu respektieren, sogar wenn sie von unerwarteten Orten kommen, sogar wenn die Menschen nicht die selbe Ausdrucksweise wie wir benutzen.

Den Blütenknospen zuhören

Für John Berger liegt der Widerstand liegt, dem Erdboden zuhören zu können. Oder vielleicht sogar etwas kleinerem. Vielleicht hören wir der Knospe einer Blume zu, die einen Frühling erwartet, der unter Umständen niemals kommen wird. Legen wir das Ohr gemeinsam auf die Knospe. Was hören wir? Vielleicht nichts, weil wir die Sprache der Knospen nicht kennen und womöglich sprechen sie nicht die Sprache der Linken. Aber wenn wir gut und mit viel Sorgfalt zuhören, können wir vielleicht die Klänge der Lieben und der Enttäuschungen unterscheiden, die die Knospe beinhaltet. Die Toten, die sterben, um die Leben zu leben, die sie nie leben konnten. Die Energie einer Welt, die nicht existiert und die nie existiert hat. Die Energie einer Knospe, die ihre Blütenblätter öffnen will.

„Für eine Welt in der viele Welten Platz haben" - Wandgemälde an einer autonomen zapatistischen Schule in der Zona Norte, Chiapas.
Foto: flaco

Beim Zuhören lernen wir eine neue Sprache, vielleicht, und dies hilft uns dabei, die Barrieren aufzulösen und zu verstehen, dass wir alle Teil der Blüte sind, die sich nach der möglichen Zukunft sehnt. Aber selbst so scheint der Frühling, den die Blüte erhofft, nicht kommen zu wollen.

Von Wut und Liebe

Wir brauchen eine Erschütterung. Wir gehen mit unserem Liebespartner über die Straße, auf einmal fällt ein Kind von seinem Fahrrad und sofort reagieren wir beide gemeinschaftlich. Der Präsident gibt eine Erklärung ab, die noch dümmer als die übliche ist und sofort kommen die verschiedenen Arten von Wut der Straße in einer großen Welle von wütender Freude zusammen. Wahrscheinlich können wir das Ereignis nicht vorhersehen oder wissen, woher es kommt oder welche Sprache es spricht, aber auf einmal taucht eine Überflutung von Wut und Liebe auf, die alle Barrieren auflöst und unsere Frustration in ein Fest verwandelt, eine Explosion von Blütenblättern, die sich überall öffnen.

Ungeplante Resonanzen

Können wir die Ereignisse, die zur Erschütterung führen, kreieren? Womöglich, aber nur zum Teil. Der Aufstand vom 1. Januar 1994 war ein Ereignis, das die Wut und Hoffnung von Millionen von Menschen aufkommen ließ und sie zu neuen Formen des Denkens und des Aufeinanderbeziehens führte. Aber das ist immer ein Wettspiel. Eine Ereignis kann geplant werden, aber das Wichtige am Ende ist nicht das Ereignis selbst, sondern seine Resonanz. Diese ist eine Frage von Sensibilitäten, die über jedwede Planung hinausgehen. Die Zapatistas konnten die Besetzung einiger Städten planen ohne zu wissen, wie stark die Resonanzwellen auf der ganzen Welt sein würden. Hier zählt vor allem der Prozess, Sensibilitäten zu erwerben, Resonanzen zu spüren und verschiedene Arten von Würde zu berühren.

Und nun kommt 2010. Ist es möglich, dass 2010 zu einem Ereignis wird, dass die Barrieren zerstört? Die verschiedenen Arten von Wut intensivieren sich angesichts des Schmerzes, der durch die kapitalistische Krise und durch die immer größere Gewalt seitens der mexikanischen Regierung verursacht wird. Ohne Zweifel wird es ein Fest geben. Aber welche Art von Feierlichkeit? Kann es mehr sein als die Glorifizierung der institutionellen Dummheit? Kann es sich in eine Explosion von würdiger Freude verwandeln? Wie kann aus ihr ein Blitzgewitter der Erinnerung werden, eine Befreiung der Träume jener, die gekämpft haben? Sie und jene wollten ihr Leben nicht für eine Flagge oder eine Nationalhymne geben, auch nicht, um eine Grenze zwischen den GuatemaltekInnen, NicaraguerInnen und HonduranerInnen aufzubauen und die Obszönität des PRI-PAN-Staates zu erschaffen. Sie kämpften für eine Welt, in der die Würde sich wie eine Blume öffnet. Sie lebten, um das Potential einer Knospe Realität werden zu lassen. Etwas Unerledigtes.

John Holloway

Neu: Buch und Film von Zwischenzeit e.V.

Das Recht glücklich zu sein

Der Kampf der Zapatistischen Frauen in Chiapas/ Mexiko

"Als wir merkten, dass die Frauen nicht teilnehmen durften, wir in den Versammlungen und Plena nicht ernst genommen wurden, dachte ich – was kann ich tun? So begann ich mitzumachen, zu reden und zu organisieren." Comandanta Ramona († 2006)

Zu Ehren der vor drei Jahren verstorbenen Comandanta Ramona luden die zapatistischen Frauen zu einem internationalen Treffen ein. 5 000 Frauen und Männer aus über 30 Ländern folgten zum Jahreswechsel 2007/08 der Einladung zum „Ersten Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt“ in La Garrucha. In dem Buch und dem beiliegenden Film (DVD, deutsch und spanisch, 39 Minuten) berichten indigene Frauen von ihrer Geschichten. Sie erzählen von ihren Aufgaben, Problemen, Hindernissen und Erfolgen im Prozess der Partizipation innerhalb der EZLN, beim Aufbau der zivilen Selbstverwaltung sowie von dem alltäglichen Kampf für die Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Würde als Frauen, Indigene und Arme.

Erscheinungstermin: März 2010
ISBN 978-3-00-029822-6
Weitere Infos demnächst unter: www.zwischenzeit-muenster.de
Zwischenzeit e.V.
Breul 43
48143 Münster

Ungewissheit in Chiapas

Mexiko am Wendepunkt?

Die Situation im südmexikanischen Bundesstaat ist zur Zeit höchst angespannt. Neben zunehmender Repression und paramilitärischer Gewalt gegen soziale Bewegungen lanciert die Regierung von Gouverneur Juan Sabines Desinformations- und Bestechungskampagnen, um ihre umstrittenen „Entwicklunsprojekte“ durchzusetzen. Doch auch der Widerstand geht weiter. Vor dem Hintergrund des bedeutungsvollen Jahres 2010 - 100 Jahre Mexikanische Revolution, 200 Jahre Mexikanische Unabhängigkeit - sind daher verschiedenste Szenarien denkbar.

Aufstandsgerüchte

Seit Wochen häufen sich die Gerüchte über mögliche bewaffnete Erhebungen in Mexiko. Die regierungsnahen Massenmedien, allen voran Fernsehen und Radio, schwören ein Aufstandsszenario herbei. Das wirkt für viele AktivistInnen und BeobachterInnen wie ein politisches Manöver, um präventiv einen Konsens für zukünftige Repressionsschläge und willkürliche Gerichtsverfahren gegen AktivistInnen sozialer Bewegungen des Landes zu ermöglichen. Regelmäßig berichten die dominierenden Medien über vermeintliche „Allianzen“ zwischen so unterschiedlichen Akteuren wie der marxistisch-leninistischen Guerilla Revolutionäre Volksarmee EPR und der basisorientierten zapatistischen EZLN. Während die EPR noch 2007 mehrere Gaspipelines in die Luft sprengte, lässt die EZLN seit Mitte Januar 1994 ihre Waffen schweigen und widmet sich dem Aufbau autonomer Parallelstrukturen. Es ist daher nicht nur wegen der explizit artikulierten politischen Differenzen, sondern auch aufgrund grundlegend anderer Praktiken abwegig, eine derartige Allianz herbeizureden.

Repression

In den letzten Monaten gerieten verschiedene oppositionelle Gruppierungen ins Visier der Eliten. Auch die Bauernorganisation Emiliano Zapata OCEZ aus der Region Carranza, die in der Vergangenheit erfolgreich zahlreiche Landbesetzungen durchführen konnte, ist Opfer von Repression und Medienkampagnen geworden. In einem per Email verbreiteten „offiziellen Kommuniqué“, das interessanterweise nicht unterzeichnet war, aber von vielen regierungsnahen Medien verbreitet wurde, werden der OCEZ die Planung von Aufständen, Kontakte zu bewaffneten Gruppen wie der EPR sowie Waffen- und Drogenhandel vorgeworfen. Im September und Oktober 2009 wurden insgesamt drei Führungspersönlichkeiten der OCEZ festgenommen, darunter José Manuel Hernández alias „Chema“. Sie wurden gefoltert und mussten Geständnisse unterschreiben, deren Inhalt sie nicht kannten. Ein OCEZ-Mitglied kam bei den Festnahmen ums Leben. Offenbar reicht es nicht mehr aus, die AktivistInnen als potentielle Guerilleros zu brandmarken - jetzt werden sie auch noch als gefährliche Mitglieder des Organisierten Verbrechens präsentiert, um die Repression rechtfertigen zu können. Die rein zivil agierende Kampffront für den Sozialismus FNLS, zu der die OCEZ gehört, fürchtet daher, dass die Festgenommenen wie viele soziale AktivistInnen spurlos „verschwinden“ könnten und macht Gouverneur Juan Sabines von der sozialdemokratischen PRD direkt für mögliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Nach einer wochenlangen friedlichen Besetzung der UNDP-Büros in Chiapas wurden die OCEZ-Gefangenen auf Kaution freigelassen - ihre Prozesse stehen ihnen allerdings noch bevor.

Am 26. September wurde ein Brandanschlag auf die Räumlichkeiten der Frauenorganisation Kinal Antsetik in San Cristóbal verübt. Die unabhängige Gruppierung fördert Bildungsprojekte und Kooperativen in Chiapas. Es gelang den indigenen Frauen, die auf dem Gelände leben, den Brand zu löschen. Kinal sorgt sich nun um die körperliche Unversehrtheit ihrer Angehörigen und besonders der Mitarbeiterin Yolanda Castro, da einige mexikanische Behörden sich bemühen, sie als Angehörige bewaffneter Gruppen darzustellen. Kinal geht davon aus, dass der Staat ihre Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin kriminalisieren will, da sie immer wieder Angehörige von Gefangenen und verschwundenen Personen juristisch begleitet.

Paramilitärische Aktivitäten

Die paramilitärischen Gruppierungen in Chiapas haben in den letzten Monaten eine Besorgnis erregende Aktivität entwickelt. In der Gemeinde Mitzitón, nahe bei San Cristóbal, in der die Mehrheit der Bevölkerung in dem pro-zapatistischen Netzwerk der „Anderen Kampagne“ organisiert ist und gegen den Autobahnbau von San Cristóbal nach Palenque über ihr Ter-

ritorium protestiert, wurde am 21. Juli Aurelio Díaz umgebracht. Díaz wurde von Angehörigen der „Armee Gottes“, einer Gruppe mit paramilitärischen Zügen, die der protestantischen „Kirche der Adlerflügel“ nahe steht, vorsätzlich mit einem Pickup überfahren (siehe auch Tierra y Libertad #66).

Am 18. September attackierten etwa 60 Personen mit Steinen, Stöcken und Schusswaffen den Anwalt Ricardo Lagunes, als dieser sich nach einer Besprechung in der Gemeinde Jotolá auf den Heimweg machen wollte. Der Anwalt, der für das international renommierte Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas arbeitet, wurde zusammengeschlagen und entging nur knapp einem Lynchmord, da ihm Gemeindemitglieder zu Hilfe eilten. Bei der Befreiungsaktion eröffneten Paramilitärs das Feuer und verletzten Carmen Aguilar aus San Sebastian Bachajón schwer. Die Angreifer sind Mitglieder der regierungsnahen „Organisation zur Verteidigung der indigenen und bäuerlichen Rechte“ (OPDDIC), die über einen bewaffneten Arm verfügt, der von Menschenrechtsorganisationen berei-ts mehrfach für Übergriffe auf zapatistische Gemeinden verantwortlich gemacht wurde. Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé kritisierte die Vorgehensweise der Polizei, die kurz vor dem Angriff noch mit OPDDIC-Mitgliedern gesprochen habe und danach verschwunden sei. Die OPDDIC wird beschuldigt, auf gewaltsame und illegale Weise Land an ihre Mitglieder zu verteilen, das 1994 von der EZLN besetzt wurde. Erst Anfang September hatten Paramilitärs mehrere Zapatistas im EZLN-kontrollierten Landkreis San Manuel schwer verletzt.

Die paramilitärischen Aktivitäten reißen nicht ab. Mitte November meldete der zapatistische Selbstverwaltungsrat von Roberto Barrios aus Nordchiapas, dass es immer wieder zu nächtlichen Aufmärschen und Schießübungen von Paramilitärs komme und dass diese die ZapatistInnen massiv bedrohten. Wenige Tage zuvor hatten die Räte von La Garrucha und Morelia aus der östlichen Regenwaldregion bekannt gegeben, dass lokale Machthaber dabei sind, einen freien kollektiven KleinbäuerInnenmarkt in Ocosingo zu privatisieren und damit den Menschen der Region die Möglichkeit nehmen, ein wenig Geld hinzu zu verdienen. Am 19. November berichtete der Rat von Oventic aus dem zentralen Hochland, dass drei Zapatisten unter dem Vorwand, sie würden die Gemeindearbeiten nicht erfüllen, 16 Stunden von Angehörigen der lokalen PRD entführt und gefoltert wurden.

Am 27. November wurde Mariano Abarca in Chisomuselo vor seinem Haus von einem Motorrad aus erschossen. Abarca engagiert sich seit Jahren im Kampf gegen den Tagebau des kanadischen Unternehmens Blackfire Exploration Ltd. in Chiapas und hatte an zahlreichen Demonstrationen und Blockaden gegen die Minenaktivitäten teilgenommen.

Straflosigkeit und mafiöse Strukturen

Ein strukturelles Problem im Kontext der Gewalt ist die Straflosigkeit im Land. Die Seilschaften zwischen Lokalfürsten, Paramilitärs, Regierungsfunktionären,staatlichen Sicherheitskräften, Unternehmern und professionellen Kriminellen bilden die physische Struktur des Organisierten Verbrechens und der Oligarchie, die ihre Privilegien verteidigen will. Gewalttäter, die im Interesse dieser Eliten handeln, haben in der Regel wenig zu befürchten. Um diese Zustände zu ändern, wäre neben zahlreichen ökonomischen und politischen Maßnahmen eine radikale Umstrukturierung des Justizsystems notwendig. Die ist aber keineswegs in Sicht.

Medienkampagnen

Die gezielte Verbreitung von Desinformation ist integraler Bestandteil der Herrschaftssicherung. Inzwischen wird sogar vor Anschuldigungen gegen die katholische Kirche nicht mehr Halt gemacht. In einem Dokument vom Juli 2009 warnt die chiapa-nekische Staatsanwaltschaft vor einem systemfeindlichen Netzwerk von FNLS, dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas und katholischen Pfarrern, das für 2010 bewaffnete Aktivitäten vorbereite. Geistliche der Diözese von San Cristóbal protestierten daraufhin „aufs schärfste“ gegen „die Verfolgung der katholischen Kirche“, die „von der Staatsregierung gegen Bischof Felipe Arizmendi“ betrieben werde, insbesondere gegen den Pfarrer Jesús Landín, auch Padre Chuy genannt, von der Pfarrgemeinde San Bartolomé in Venustiano Carranza. Die Regierung habe „eine permanente Verfolgung gegen Landin ausge-

gelöst und beschuldigt ihn, die Bevölkerung aufzuhetzen und Gewalt und Waffengebrauch zu fördern“. Die Priester versicherten, dass es sich dabei um „Verleumdungen“ handele. Sie bekräftigten ihre soziale Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber und kündigten an, weiterhin zu „versuchen sie dabei zu unterstützen, ihre Rechte auf Freiheit und den Respekt vor unserer Mutter Erde durchzusetzen“. Um die zahlreichen KritikerInnen dieser Regierungskampagne zu beruhigen, reagierte Gouverneur Sabines schließlich mit einem Treffen mit Bischof Arizmendi, und kündigte an, in Zukunft regelmäßiger mit der Kirche zu kommunizieren, um „Missverständnisse“ zu vermeiden.

Die Regierung von Sabines greift immer wieder zur Methode von bezahlten Artikeln, nicht selten drucken die chiapanekischen Zeitungen die Pressemitteilungen wortwörtlich ab, sogar die linksliberale Tageszeitung „La Jornada“ aus Mexiko-Stadt bringt immer wieder komplette Kommuniqués der Regierung, die daran zu erkennen sind, dass kein Reporter sie unterzeichnet. Dabei wiederholt sich das Schema, dass zunächst oppositionelle Kräfte diffamiert und mit kriminellen Machenschaften in Verbindung gebracht werden. Gibt es daraufhin keine oder nur eine kaum wahrnehmbare Reaktion seitens der betroffenen AkteurInnen, werden weiterhin manipulative Nachrichten verbreitet und die Repression nimmt zu. Ist der soziale Druck von unten allerdings stark genug, zeigt sich die Administration von Sabines scheinbar „reumütig“ und rudert zumindest verbal zurück. Neben der jüngsten Verleumdungskampagne gegen Teile der Kirche sind besonders die Auseinandersetzungen um die Wasserfälle von Agua Azul ein prägnantes Beispiel: Der äußerst beliebte Ausflugsort wird seit 2007 von der OPDDIC kontrolliert. Nur wenige Familien des ejidos (Gemeindelandbezirk) von San Sebastian Bachajón profitieren von den hohen Einnahmen aus dem Tourismus. Daher beschloss die Mehrheitsfraktion des ejidos, die in der „Anderen Kampagne“ organisiert ist, ein kleines Kassenhäuschen aufzustellen, um auch ein wenig am Tourismus zu verdienen. Zudem wehren sich die Angehörigen der „Anderen Kampagne“ gegen den Bau der Autobahn San Cristóbal - Palenque und gegen den Neubau von Hotels. Daraufhin wurden sechs AktivistInnen festgenommen und gefoltert und in gleich lautenden Artikeln in gut einem Dutzend Tageszeitungen als Bande vorgeführt, die für zahlreiche gewaltsame Raubüberfälle auf touristische Busse verantwortlich sei. Besonders zynisch an diesem Fall ist erstens, dass es eben die linksgerichteten Angehörigen der „Anderen Kampagne“ waren, die Monate zuvor die tatsächlichen Kriminellen festgesetzt und der Polizei übergeben hatten, die sie daraufhin direkt wieder frei ließ. Zweitens wurde einer der Festgenommenen, der Zapatist ist, nach massiven, auch internationalen Protesten medienwirksam freigelassen, wobei der Gouverneur in diesem Kontext noch von seiner Achtung vor der indigenen Selbstverwaltung schwafelte. Die übrigen Gefangenen mussten noch Wochen im Gefängnis verharren und noch immer warten zwei Personen auf ihre Freilassung.

Die Medienkampagnen gipfelten am 25. November 2009 in der Meldung, dass die zapatistischen Selbstverwaltungsgremien, die zivilen „Räte der Guten Regierung“, das chiapanekische Parlament um „verfassungsmäßige Anerkennung“ gebeten haben sollen. Alle fünf Räte wiesen die Berichte umgehend zurück: „Die Lügen der schlechten Regierung sind Teil eines Aufstandsbekämpfungsplans, um die öffentliche Meinung zu manipulieren und den Widerstand unserer Gemeinden im Kampf für ihre Autonomie zu diskreditieren“.

Auseinandersetzungen um „Entwicklungsprojekte“

Den progressiven Worten des Gouverneurs, der ein guter politischer Freund des rechts-konservativen Präsidenten Felipe Calderón ist, stehen auf der anderen Seite Repression und rücksichtslose neoliberale Projekte gegenüber. Hintergrund der Auseinandersetzungen sind Landstreitigkeiten und „Entwicklungsprojekte“ in der Region. Die Regierung Sabines strebt eine territoriale Neuordnung für Chiapas an. Gemeindeländereien sollen durch die Zusammenlegung versprengter Dörfer zu „ländlichen Städten“ entvölkert und der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Die Territorien sind schon längst ins Visier der Viehzucht-, Palmöl-, Minen-, Agrarsprit-, Tourismus- und Bauunternehmen geraten. Sowohl die Regierung von Chiapas als auch die mexikanische Bundesregierung treiben diese Projekte in Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen voran, ohne die jeweils betroffenen Gemeinden angemessen zu konsultieren. „Die Projekte der Regierung nutzen uns nichts“, so der erfahrene Kleinbauer José Pérez aus Palenque, „sie nutzen nur den Reichen und den Touristen, uns Armen bringen sie nur Schwierigkeiten“. Sämtliche „Entwicklungsmaßnahmen“ sind Teil des infrastrukturellen Großvorhabens „Proyecto Mesoamérica“. Dieses Nach-

folgeprojekt des massiv kritisierten „Plans Puebla-Panamá“ dient der intensiven Erschließung Südmexikos und Zentralamerikas für den Weltmarkt. Das Maßnahmenbündel hat eine neue Qualität erreicht - noch nie gab es so viel Geld dafür und nur selten gab es eine derart reibungslose Zusammenarbeit zwischen der chiapanekischen und der föderalen Regierung. AktivistInnen und BeobachterInnen hingegen sind äußerst besorgt. Sie fürchten, dass dieses neoliberale Paket unterschiedliche indigene und kleinbäuerliche, von Subsistenzwirtschaft geprägte Lebensweisen in Chiapas in ihrer Existenz bedroht.

Anhaltender Widerstand

Doch trotz aller Megaprojekte und Repressionen leisten die BewohnerInnen vieler chiapanekischer Gemeinden weiterhin Widerstand. Obwohl der mexikanische Staat tagtäglich nationales und internationales Recht bricht - darunter die ILO-Konvention 169 über indigene Selbstverwaltung -, geben sie nicht auf. Ein Großteil des Widerstands ist praktisch „unsichtbar“, doch Chiapas sähe heute völlig anders aus, wenn es nicht zahlreiche Organisationen und Gruppen gäbe, die auf unspektakuläre Weise im Alltag weitere soziale Zumutungen und ökologische Zerstörungen verhindern und ihre Ländereien verteidigen würden. Für viele Indígenas ist die Gemeinde selbst die Organisationsstruktur. Selbstverständlich sind die indigenen Dörfer voller Widersprüche - vor allem was die immer noch stark benachteiligte Stellung der Frauen betrifft -, aber die zahlreichen Bestechungsversuche, Medienkampagnen und Gewaltakte von Regierung, Kaziken und Konzernen verdeutlichen, dass sie im Fall von Chiapas eines der letzten Bollwerke gegen den rücksichtslosen Durchmarsch von Staat und Kapital bilden. Die Gemeinden und Organisationen der „Anderen Kampagne“, einer mehrjährig angelegten, außerparlamentarischen Mobilisierung, die von der EZLN 2005 vorgeschlagen wurde und eine neue antikapitalistische Verfassung für Mexiko erarbeiten und durchsetzen will, treiben ihre Vernetzung voran und sind in Chiapas zu einem deutlich wahrnehmbaren Akteur geworden, vor allem im Bereich der Antirepressionsarbeit und des Widerstands gegen die völlig überteuerten Stromgebühren. Auch andere linksgerichtete Strömungen wie die Dörfer der FNLS oder die befreiungstheologisch inspirierten Basisgemeinden stellen ein relevantes Widerstandspotential dar. In allen Protestströmungen spielen die Frauen eine zunehmend wichtige Rolle. „Es ist bemerkenswert“, so Thomas Zapf vom Internationalen Friedensdienst SIPAZ aus San Cristóbal, „dass sich auch immer mehr regierungsnahe Gemeinden bewusst werden, dass die Entwicklungsprojekte nicht ihren Interessen dienen“. Gerade bei alltagsbezogenen Protesten, z.B. gegen hohe Strompreise, kommt es verstärkt zu undogmatischen lokalen Bündnissen zwischen Angehörigen verschiedener politischer Überzeugungen, die sich in Zukunft noch verbreiten und verstärken könnten.

Mexiko am Wendepunkt?

Die hochkomplexe und äußerst heterogene mexikanische Gesellschaft steht an einem schwierigen, wahrscheinlich historischen Punkt. Die aktuelle Regierung schafft nicht mehr, das aus dem Jahrzehnte dominierenden PRIismus bekannte vage Scheingleichgewicht zwischen halbwegs „ruhig gestellter“ Bevölkerung und der Wahrung der Privilegien der Eliten zu halten. Die extreme Armut wächst, die Landflucht setzt sich fort, es kommen immer weniger Geldüberweisungen von mexikanischen MigrantInnen aus den USA zurück ins Land, die soziale Verrohung, die Gewalt gegen Frauen und die autoritäre Disziplinierung der Gesellschaft nehmen durch die anhaltende Militarisierung und die Kämpfe zwischen verfeindeten Drogenkartellen zu. Dazu kommen provokative Enteignungsprozesse öffentlichen Eigentums wie die vor kurzem vom Präsidenten dekretierte Zwangsauflösung des staatlichen Energieversorgers „Luz y Fuerza“, bei dem über 40 000 Menschen mit einem Schlag ihre Arbeit verloren und gegen die sich die Mexikanische Gewerkschaft der ElektrizitätsarbeiterInnen SME mit breiter Unterstützung verschiedener linker Kräfte vehement wehrt. Das historische Datum von 2010 wollen alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte besetzen. Noch kann sich die Calderón-Administration halten, vor allem durch die massive Unterstützung seitens der Massenmedien und des Militärs - und der USA. Verschiedenste Szenarien gesellschaftlichen Aufbegehrens sind möglich, bewaffnete, aber vor allem auch Aktionen massiven zivilen Ungehorsams. Und die EZLN? Die Führung der Organisation schweigt seit März 2009. Was die Zapatistas 2010 vorhaben, ist nicht bekannt. Sie waren immer wieder für Überraschungen gut.

Luz Kerkeling

zuerst veröffentlicht in: graswurzelrevolution, Nr. 345 - Januar 2010 - www.graswurzel.net

Alle Fotos in diesem Artikel stammen von Paula und sind in verschiedenen zapatistischen Gemeinden aufgenommen worden.

Oaxaca

Ermordeter Lehrer in Mexiko beerdigt

Wut und Trauer nach Mord an jungem Lehrer Eleazar Martínez Almaraz

Wieder steht ein Sarg inmitten einer trauernden und wütenden Menge auf dem Hauptplatz von Oaxaca-Stadt im Süden von Mexiko. Die Witwe des ermordeten Lehrers aus der Region Loxicha schildert unter Tränen den Hergang des Attentats auf Eleazar Martínez Almaraz: „Am Montagmorgen waren wir auf dem Weg in die Schule, als plötzlich vier maskierte Bewaffnete in schwarzer Kleidung den Weg versperrten und uns aus dem Wagen zerrten. Mich und meinen fünfjährigen Sohn schickten sie weg. Und dann schossen sie auf meinen Ehemann.“ Der 27-jährige Grundschullehrer Eleazar Martínez Almaraz wurde durch sieben Schüsse in den Rücken regelrecht exekutiert.

Almaraz war dem Bürgermeister der konservativen Partei PRI in Loxicha ein Dorn im Auge. Er wurde von dem Lokalpolitiker vorab schon bedroht, weil er an Besetzungen teilnahm. Mit der Aktion forderten die Lehrer zwei neue Räume für die Landschule.

Die verarmte Sierra Sur, insbesondere die Region Loxicha, wurde Mitte der neunziger Jahre bekannt, als dort die Guerillagruppe EPR vermutet wurde. Eine Welle der Repression war die Folge. Noch heute sind zwölf Bauern der indigenen Bevölkerung der Zapoteken in Haft, die meisten von ihnen aufgrund konstruierter Anklagen.

Loxicha ist nur einer der Brennpunkte: Die politische Gewalt im südmexikanischen Bundesstaat Oaxaca kostete innerhalb der letzten drei Wochen acht Menschen das Leben. Darunter ein Kind, das bei einem Angriff von Paramilitärs in der indigenen Region der Triqui starb. Ein Aktivist der Indigenenorganisation CODECI wurde an einer Polizeisperre verhaftet und Tage später tot aufgefunden.

Im Juli 2010 werden Gouverneurswahlen stattfinden und die konservative PRI klammert sich auch nach über 80 Jahren ununterbrochener autoritärer Herrschaft in den Regionen weiter an die Macht – koste es was es wolle.

Philipp Gerber, Dezember 2009
Quelle:
http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/dez/lehrer-827383-mexiko/

Oaxaca

Gouverneur veruteilt

Höchster Gerichtshof des Landes macht Gouverneur Ruiz für schwere Menschenrechtsverletzungen im Staat Oaxaca verantwortlich

Das im Dezember veröffentlichte Urteil des höchsten Gerichtshofs Mexikos, gemäß dem die Clique um Oaxacas Gouverneur Ulises Ruiz für die schweren Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Aufstandes von 2006 verantwortlich ist, kommt der PRI äußerst ungelegen. Nicht auszuschließen ist, dass der beharrliche politische und juristische Kampf des Protestbündnisses APPO doch noch zu einer Verschiebung im Machtgefüge führt. Das Urteil des obersten Gerichtshofes spricht die APPO explizit von jeglicher Schuld frei.

Philipp Gerber, Dezember 2009
Quelle:
http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/dez/lehrer-827383-mexiko/

„Es lebe die APPO“ - Transparent auf einem Friedhof in Oaxaca. Die Ermordung von Widerständischen durch staatliche Organe waren während des Aufstandes von Oaxaca 2006 häufig der Anlass für weitere Protestbekundungen. Foto: Klara

Chiapas

Militär und Polizei räumen zapatistische Gemeinde

Am 29. Januar 2010 meldete die Junta der Guten Regierung von La Garrucha, dass am 22. Januar eine Militäroperation mit vier Helikoptern in der Gemeinde Laguna San Pedro im autonomen Landkreis Ricardo Flores Magón durchgeführt wurde.

An dem Angriff nahmen laut Angaben der Zapatistas Polizeieinheiten, die mexikanische Bundesarmee sowie Funktionäre der föderalen Umweltbehörde Profepa teil. Begleitet wurden sie von Journalisten und Kamerateams. Der zapatistische Rat beschuldigt die staatlichen Sicherheitskräfte folgender Delikte: Abbrennen der Häuser, Zerstörung von Obstbäumen, Plünderung des Kooperativenladens sowie Diebstahl von Werkzeugen und Grundnahrungsmitteln wie Bohnen und Mais. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind später offenbar unter Zwang per Hubschrauber in eine Notunterkunft nach Palenque geflogen worden. Verantwortlich gemacht wird die Bezirksregierung, die Regierung des Bundesstaates Chiapas von Juan Sabines und die föderale Regierung unter Felipe Calderón. Die Zapatistas prangern an, dass die Regierung einerseits von Dialog und friedlicher Umsiedlung spricht und gleichzeitig gewaltsam gegen Dörfer ihrer Organisation vorgeht. Die Angehörigen des Rates von La Garrucha beziffern den Schaden auf 585.155 mexikanische Pesos (über 32.000 Euro). Als Hintergrund der Räumung vermuten die Zapatistas den Ausbau des so genannten „Öko-Tourismus“ in der Region.

Gruppe B.A.S.T.A.
Quelle: http://enlace-zapatista.ezln.org.mx/jbg/2894

„Freiheit, Land, Gleichheit“ - Wandgemälde im autonomen zapatistischen Caracol Oventik Foto: Luz

Chiapas

Tourismus verursacht Landstreitigkeiten:

Paramilitärs belästigen Zapatistas bei Agua Azul

Am 20. Januar 2010 kam es nach Angaben der zapatistischen Junta der Guten Regierung des Caracol IV von Morelia erneut zu einem konfliktiven Ereignis in Zusammenhang mit der Landfrage in Chiapas. Eine Gruppe von 57 Personen der regierungsnahen, paramilitärisch durchsetzten „Organisation zur Verteidigung der indigenen und bäuerlichen Rechte“ (OPDDIC) aus Agua Azul betrat um acht Uhr morgens in Begleitung eines Anwalts und mit Macheten, Pistolen und Funkgeräten ausgestattet das Landstück der zapatistischen Basisgemeinde des neuen Ejido Bolom Ajaw im autonomen Landkreis Comandanta Ramona und begannen, drei Hütten zu bauen. Am Nachmittag des folgenden Tages wurde zudem bemerkt, wie die Gruppe Marihuana rauchte, was auf zapatistischem Territorium streng verboten ist. Für die Junta des Caracols Morelia ist die Provokation auf den Konflikt um Land und natürliche Ressourcen zurückzuführen. In diesem Fall geht es um die Wasserfälle von Bolom Ajaw und den ökologischen Reichtum, den sich die föderale und Landesregierung mit Hilfe regierungstreuer Gruppen aneignen will, um den touristisch äußerst lukrativen Ausflugsort Agua Azul auszubauen. Laut Junta ist sich die OPDDIC allerdings nicht „den Folgen ihres Handelns bewusst“. Der Rat betonte, dass die Zapatistas weiterhin die natürlichen Ressourcen nicht verkaufen, sondern verteidigen werden.

Redaktion
Quelle: http://enlacezapatista.ezln.org.mx/jbg/2864

Der „gescheiterte Staat“ Mexiko

Eine Rechtfertigung für die Militarisierung (1)

Vor kurzem kursierten Nachrichten über Mexiko, die das Land als „gescheiterten Staat“ bezeichneten, der unregierbar sei und sich relativ bald dem Zusammenbruch nähere. Diese Sorge entstand anfänglich in den Vereinigten Staaten, da "gescheiterte" Staaten wie Afghanistan, Pakistan und nun Mexiko (?) wichtige Konsequenzen für die Sicherheit der Vereinigten Staaten hätten. Die Auswirkungen dieser Klassifizierung auf Mexiko könnten bedeutungsvoll sein und tatsächlich bahnen sich schon wichtige Veränderungen in den Beziehungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten an, die sich besonders vorteilhaft für den nördlichen Nachbarn auswirken.

Seit 2005 arbeiten die Regierungen Mexikos, Kanadas und der USA verstärkt im Bereich der Sicherheitspolitik zusammen. Im Rahmen des ASPAN – Abkommen (2) werden sicherheitspolitische Maßnahmen und militärische Strategien immer mehr an die Richtlinien der USA angepasst.

Angesichts der Gewalttätigkeit der DrogenhändlerInnen in Mexiko äußern die USA und Kanada nun ihre Sorge. Einerseits könnte sich die Gewalttätigkeit an den Grenzen „stauen“ und in die USA „einfallen“, andererseits könnte die „überquellende“ Gewalt die mexikanische Regierung destabilisieren und die Effektivität ihrer Institutionen gefährden. Dies würde sich wiederum auf die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten auswirken.

Aufstandsbekämpfung á la colombiana nun in Mexiko

General i.R. Barry McCaffrey, Urheber des Kolumbien-Plans vor zehn Jahren, plädiert jetzt für die Durchführung derselben Strategie zur Drogen- und Aufstandsbekämpfung in Mexiko. In seinem Bericht erläutert er seine „Sorge“ über die Probleme der Regierung Calderóns und besteht auf deren stärkere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten - um „einem guten Freund aus der Klemme zu helfen“. Dies nicht zu tun sei letztlich ein Sicherheitsrisiko für die Vereinigten Staaten.

Militärparade in Mexiko - Stadt Foto: Luz

Was ist ein „gescheiterter“ Staat?

US-amerikanische AnalytikerInnen weisen beständig darauf hin, dass Mexiko kurz vor dem Zusammenbruch stehe oder dass die Strukturen und Institutionen des Staates in Kürze ineffizient sein werden und damit das Land im Chaos versinkt. In diesem Zusammenhang wird eine Politik vorgeschlagen, die solch einer Eventualität begegnet. Die Folge: Eine verstärkte Militarisierung und zunehmend repressive Maßnahmen gegenüber DissidentInnen.

Doch was sind die Charakteristika eines „gescheiterten Staates“? Zu den zwölf Indikatoren zählen u.a. folgende:

- Verlust jeglicher Kontrolle über das staatliche Territorium und des legitimen Gewaltmonopols,

- Verlust der legitimen Autorität bei kollektiven Entscheidungen, die Unfähigkeit, für vernünftige öffentliche Dienstleistungen zu sorgen und mit anderen Staaten als Vollmitglied der internationalen Gemeinschaft zu interagieren,

- allgegenwärtige Korruption und Kriminalität,

- die Unfähigkeit, Steuern zu erheben oder in anderer Weise die Unterstützung der BürgerInnen zu gewinnen,

- die unfreiwillige Umsiedlung verschiedener Gruppen,

- die Flucht von wissenschaftlichen Führungskräften (3).

Selbstverständlich treffen einige der vorher genannten Kriterien auf Mexiko zu. Die Zuweisung des Attributs „gescheitert“ ist allerdings politisch motiviert, denn unter Umständen könnten etliche Staaten als „gescheitert“ deklariert werden.

Ist die Sorge über das „Scheitern“ Mexikos real begründet?

In Bezug auf die territoriale Kontrolle ist der Terminus „gescheitert“ nicht zutreffend. Der mexikanische Staat hat die Kontrolle über einen Großteil des Landes. Doch wenn wir gewisse Städte überprüfen, besonders die Grenzen, gewisse Korridore und einige Institutionen, dann ist die Lage undeutlicher. Die Menge an Ressourcen, die für Drogenbekämpfung kanalisiert wird, zeigen das Ausmaß des Problems: 45 000 Berufssoldaten (ein Drittel des gesamten mexikanischen Heeres) nehmen daran teil. 8 500 wurden davon nach Ciudad Juarez abkommandiert, um dort die Gewalttätigkeit in den Griff zu bekommen.

Kinderzeichnung über Paramilitärische Angriffe in einer indigenen Gemeinde

Foto: Luz

Ebenso ist allgemein bekannt, dass einige Institutionen, die gegen den Drogenhandel vorgehen, selbst in Drogengeschäfte involviert sind. Ein offenkundiger Fall ist der von Mariano Herrán Salvatti. Er wurde der Unterschlagung, krimineller Aktivitäten, des Amtsmissbrauchs und der Veruntreuung von Staatsgeldern oder - einfacher ausgedrückt - wegen Verbindungen zur Drogenmafia angeklagt. Ende der 1990er Jahre konnte er noch mit der Unterstützung von Ernesto Zedillo und den Mächtigen der USA rechnen. Auch der vorher erwähnte General Barry McCaffry, Leiter des Nationalen Amtes für Drogenkontrolle im Weißen Haus, lobte Herrán Salvatti, als dieser 1997 zum Direktor des Nationalen Drogenbekämpfungsinstitutes ernannt wurde.

Dies mindert das Vertrauen in die Effektivität der Institutionen für Drogenbekämpfung. Doch ist nicht am Bestand des Staates zu zweifeln, der entscheidet, ob der Drogenhandel zu bekämpfen oder zu erlauben ist. Die unterschiedliche Intensität der Bekämpfung hängt dabei von der jeweils amtierenden Regierung ab.

Anstieg der Gewalttätigkeit und dessen Ursachen

Einerseits wird bestätigt, dass der Krieg gegen das organisierte Verbrechen in Kolumbien einige wichtige „Siege“ errungen hat, denn die großen Kartelle, die es dort bis in die 1990ger Jahre gab, wurden tatsächlich eliminiert. Der Krieg gegen den Drogenhandel zwang die großen kolumbianischen Kartelle sich in etliche kleine Kartelle aufzuspalten, die zwar noch mit gewaltigen Mengen Kokain handeln, aber scheinbar keine ernsthafte Bedrohung mehr für die Regierung darstellen. Diese Umstrukturierung in Kolumbien bewirkte gleichzeitig eine Stärkung der vier wichtigsten Kartelle, die es in den 1990ger Jahren in Mexiko gab. Diese erzielten größere Gewinne, waren gut bewaffnet, vergrößerten sich und begannen sich in anderen illegalen Geschäften auszubreiten. Dazu zählen Waffenhandel, Schmuggel von illegalen MigrantInnen, Frauen- und Kinderhandel für den Sextourismus, Handel von Vorläuferstoffen für die Herstellung von bestimmten Drogen, Straßenprostitution, Entführungen und Schutzgeldforderungen an Geschäftsleute usw.

Während der 1990ger Jahre konnten die mexikanischen Kartelle einen Zuwachs an Macht und Einfluss verbuchen. Als Grund für die Gewaltausbreitung wird jedoch das politische „Erdbeben“ von 2000 genannt, als die PRI (4) nach 71 Jahren die Regierungsmacht abgeben musste. Die triumphierende Regierung von Vicente Fox begann die Kartelle anzugreifen und wichtige Drogenbosse, Militäroffiziere und Polizeikräfte zu verhaften. Auch der Exgouverneur von Quintana Roo, Mario Villanueva Madrid wurde auf Ansuchen der Vereinigten Staaten zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt. Der von Fox entfesselte Kampf gegen das organisierte Verbrechen erbrachte in seinem letzten Regierungsjahr 2 000 Tote: DrogenhändlerInnen, PolizistenInnen und Militärs. Dies wird als Beweis für die „Seriosität“ des Einsatzes angeführt. Schließlich bestätigt dies das verstärkte Vorgehen des Präsidenten Calderón. Die bestialische Antwort der Drogenkartelle erscheint fast täglich auf den Titelseiten.

Man weiß, dass es den DrogenhändlerInnen gelungen ist, sich mit Polizeikräften und Militärangehörigen hohen Ranges zu einigen. Von gewissen Medien wird bestätigt, dass die Auswirkungen der Korruption die Justizgewalt, die Legislative und Exekutive erreichen. Immer wieder wird hervorgehoben, dass das Kartell von Sinaloa von „El Chapo“ Guzmán, neues Mitglied in der Liste der Reichsten der Welt in der Zeitschrift Forbes, von den PAN-Regierungen unterstützt wurde. Während der Amtszeit von Fox konnte „El Chapo“ unter zweifelhaften Umständen aus dem Hochsicherheitsgefängnis Puente Grande in Jalisco entfliehen (5).

Auswirkungen auf soziale Bewegungen

Die wachsende Militarisierung im

Land und die Vorherrschaft einer militaristischen Denkweise unter den zivilen MachthaberInnen führen zur Kriminalisierung des sozialen Protests. Die Kampagne gewisser FunktionärInnen, alle Proteste der Bevölkerung gegen die Militarisierung dem Drogenhandel zuzuordnen, wird benutzt, um den legitimen Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit zu diskreditieren und so die Repression gegen die Bevölkerung zu ermöglichen.

Fazit

Das Drogengeschäft ist ein ernstes Problem, aber seine beeindruckende Präsenz in verschiedenen Bereichen des nationalen Lebens ist nicht das Resultat eines „gescheiterten Staates" sondern das Ergebnis der gescheiterten Regierungspolitik dieses Staates: Politisch-ökonomisches Versagen gekoppelt mit neoliberalen Maßnahmen, konkret das Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, haben die MexikanerInnen von ihrer Arbeitsstätte auf dem Land in die Stadt ausgestoßen, womit der Nährboden für die Ausbreitung von Aktivitäten des Drogengeschäfts geschaffen wurde. Ferner scheiterte die Politik im Drogenkampf, die sich nur auf Militarisierung, Verfolgung und Inhaftierung konzentriert.

Eine andere Strategie wird dringend benötigt. Die mexikanischen sozialen Bewegungen werden Studien über die Vor- bzw. Nachteile der Entkriminalisierung und Legalisierung von Drogen mit Fokus auf die sozialen Interessen der Bevölkerung erarbeiten müssen.

Das Ziel der USA, die mexikanische Armee in die US-amerikanischen Streitkräfte zu integrieren würde für die USA verschiedene Vorteile haben, wie z.B. einen besseren Zugang zur politisch-militärischen Intelligenz und einen größeren Markt für die Waffenindustrie der USA. Zudem erhielte das Pentagon mehr strategische Kontrolle über Aktionen, die der „nationalen Sicherheit" der Vereinigten Staaten schaden könnten wie der Drogenhandel und andere Formen des organisierten Verbrechens – oder auch die Mobilisierungen der wachsenden sozialen Bewegungen.

Miguel Pickard

Anmerkungen

(1) Gekürzte Fassung, Original Text: CIEPAC Bolletin No.574 vom 26. März 2009: http://www.ciepac.org/boletines/chiapas_-de.php?id=574

(2) Alianza para la Seguridad y Prosperidad de América del Norte = Allianz für Sicherheit und Wohlstand in Nordamerika, ausführlicher dazu siehe Tierra y Libertad # 63.

(3) www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350

(4) Partido Revolucionario Institucional = Partei der Institutionellen Revolution

(5) siehe z.B.: „El capo del panismo", Proceso, No. 1689 vom 15. März 2009.

Militärisch ausgerüstete Polizeieinheiten werden zunehmend zur Niederschlagung von zivilem Protest eingesetzt - wie hier in Oaxaca, Sommer 2006 Foto: Hinrich Schultze

Die Zeitschrift für Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

http://www.iz3w.org/

iz3w Nr. 316 (Januar/Februar 2010)

Zwischenstopp am Kap – Südafrika abseits der Fußball-WM

Vor der Fußball-WM in Südafrika werfen wir im Themenschwerpunkt Schlaglichter auf diejenigen südafrikanischen Lebensrealitäten, die sich im Schatten oder ganz unabhängig von der Fußballweltmeisterschaft täglich abspielen.

DIE WELT VERÄNDERN

Hier und Jetzt, von Unten und Links

rebellisches Zusammenkommen,
reden und feiern in Frankfurt/Main vom 7. - 9. Mai 2010

Wir, das Ya-Basta-Netz, laden euch ein, um miteinander zu reden, uns gegenseitig zuzuhören und zu feiern, voneinander zu lernen und Informationen auszutauschen und mit uns gemeinsam ein weiteres Stück von dem Weg zu machen, der uns zu einem menschlichen und würdigen Leben führt.

Ein Stück weiter auf unserem Weg in eine Welt, in der sich keine/r mehr alleine und isoliert, gedemütigt und unterdrückt, wütend, oder ohnmächtig, voller Angst und hilflos fühlen muss.

Eine Welt, in der wir den Mut haben, zu träumen und unsere Träume Wirklichkeit werden lassen.

Eine Welt, in der niemand mehr darauf wartet, dass Gerechtigkeit von "oben" kommt, weil alle wissen: Die müssen wir uns gemeinsam erkämpfen.

Eine Welt, in der du nicht jeden Tag um deine Würde kämpfen musst, sei es auf den Ämtern, in der Schule, an der Uni, auf der Arbeit, auf der Strasse oder bei der Polizei.

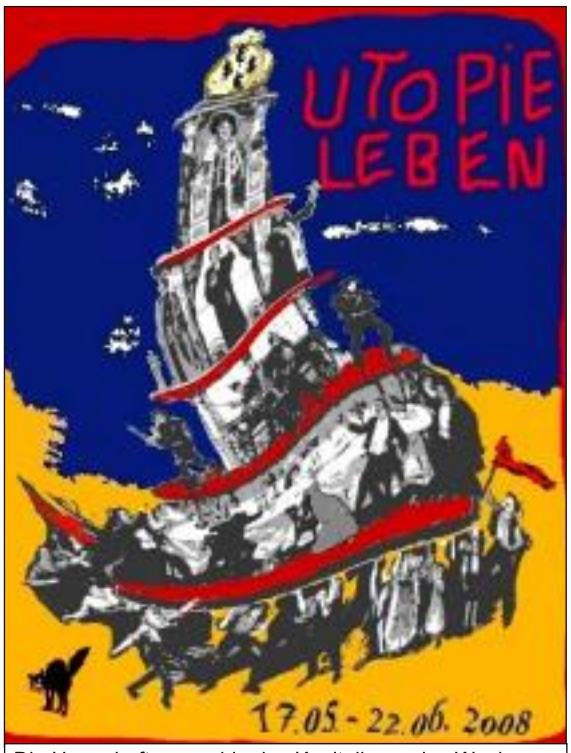
Eine Welt, in der niemand gezwungen ist, sich kaputt zu arbeiten - sei es, um überhaupt ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen zu haben, oder weil du erwerbslos bist und ständig eingeredet bekommst, du seiest daran auch noch selbst schuld!

Eine Welt, in der keine Kameras rumhängen, die jeden Schritt überwachen.

Eine Welt, in der allen Bildung und Ausbildung zusteht - unabhängig vom Einkommen.

Eine Welt, in der niemand mehr für „illegal“ erklärt wird und keine/r mehr fliehen muss, in der jede/r leben kann, wo sie/er will.

Eine Welt, in der es für alle alles gibt, in der alle Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben. Wir träumen von einer Welt, in der viele Welten Platz haben! Die Frage ist nur: Wie schaffen wir das? Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es genügt, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute! Überall haben sich schon Menschen aufgemacht, um mit ihren Händen und Köpfen eine andere Welt zu bauen. Wir sind also nicht alleine und wir fangen nicht bei Null an.



Die Herrschaftspyramide des Kapitalismus ins Wanken bringen! Plakat für den Aktionsmonat „Utopie leben“ in Freiburg, Sommer 2008.

So haben zum Beispiel die Zapatistas mit ihrem Aufstand für Land und Freiheit in Chiapas/Mexiko 1994 die Welt aufgerüttelt, vielen Menschen Mut gemacht, indem sie zeigten: Es geht, sich zu wehren und etwas Neues, Anderes aufzubauen, es geht ohne Hierarchien, einander zuhören, fragend vorangehen, ohne die Welt zu erobern! In den folgenden Jahren sind autonome Gemeinden entstanden, Schulen und Krankenversorgung aufgebaut worden. Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip getroffen, d.h. alle Menschen im Dorf bestimmen mit. Obwohl sie von Anfang an (und zunehmend!) vom mexikanischen Staat bekämpft wurden - mit immer mehr Militär und paramilitärischen Gruppen - kämpfen die Zapatistas bis heute weiter gegen den neoliberalen Kapitalismus und für ein würdiges Leben. Ihr Kampf hat viele Gesichter. Unter anderem entstand die „Andere Kampagne“, eine Mobilisierung, die in mehreren Jahren, unabhängig von politischen Parteien, eine basisdemokratische Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Unterdrückung aufbauen will.

Hierzulande gibt es reichlich basisdemokratische Ansätze in vielen Bereichen des Lebens. Es gibt zum Beispiel Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe, Lebensmittel- und Buchläden, Kindergärten, die selbstverwaltet mit kollektiven Strukturen funktionieren. Wagenplätze sind entstanden, manche so groß wie kleine Dörfer. Das Konzept des Mietshäusersyndikats ermöglicht es vielen Menschen, auch mit geringem Einkommen, Häuser zu kaufen und zu bewohnen. Das ist nur möglich durch das Prinzip der Solidarökonomie. Das heißt, Menschen geben ihr Geld nicht mehr den Banken, sondern konkreten Projekten und ermöglichen so die Hauskäufe. Ein anderes Beispiel sind nach wie vor besetzte Häuser, von denen eines die Au in Frankfurt ist. Die Au ist seit fast 27 Jahren besetzt und gemeinsam verteidigt und gehalten worden. Hier werden wir das Treffen veranstalten.

Themen und Workshops:

1. Bildung

Unis / Basisuni
Schule
Azubis
Erwachsenenbildung

2. Gesundheit

solidarische Gesundheitsversicherung

3. Internationales

Deutschland im Krieg
Die Zapatistas
Basisdemokratie praktisch

4. Geschlechterverhältnisse

Patriarchat und Krise

5. Umwelt

Klima
Flughafenausbau (FFM)
Anti-AKW-Bewegung

6. Ökonomie

Solidarökonomie
WTO und Konsequenzen
Überleben mit Ämtern, ohne die Würde zu verlieren
Bedingungsloses Grundeinkommen

7. Ernährung

Stadt-Land-Austausch
Gentechnik
Via Campesina

8. Migration

The Voice
MigrantInnen-Gruppen

9. Kultur

Theater
Praxis Workshop: Unsere Stadt soll schöner werden

Es gibt viele Beispiele von Projekten, die eine andere Welt schon sichtbar machen. Wir möchten diese Projekte einladen, mit uns zusammen zu kommen und sich enger zu verflechten. Ebenso wichtig sind uns die vielen Menschen hier, die alleine und gedemütigt sind. Die nicht weiter wissen und ihre Träume von einem anderen, besseren Leben schon fast aufgegeben haben. Wir wollen aber auch zusammenkommen, um zu lernen von Menschen und Kämpfen, die hier von unten und links geführt werden: gegen Gentechnik und Atomkraftwerke, gegen Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Rassismus und Abschiebungen, gegen Faschismus und die FaschistInnen.

Wenn ich nicht tanzen kann, ist das nicht meine Revolution!

Was tun, wenn wir vom vielen Reden und Zuhören genug haben? Na, tanzen, feiern und demonstrieren! Und schöne, intensive Pausengespräche führen. Es gibt Livebands und Theater, darauf freuen wir uns schon riesig. Und selbstverständlich wollen wir auch, dass die ganze Stadt von uns Notiz nimmt. Mit Sambabands und Clowns, Aktionstheater und PinkSilver die eiskalte Bankenstadt Frankfurt ein bisschen wärmen, ihr vor Augen führen, wie Leben sein kann ... Also Clowns, Sambabands und Theaterleute, kommt massenhaft. Ohne euch macht das Rebellieren viel weniger Spaß!

Das Programm ist nur vorläufig, es liegt an Euch allen, was daraus wird!

Wer eine Idee zu einem Workshop hat, kann sich auch spontan noch einbringen. Die Vorträge sind als Input gedacht und sollen nur etwa 10-15 Minuten dauern.

Projektplatz:

Auf einem Extraplatz in der Au haben hier Gruppen, Kollektive und Projekte die Möglichkeit, sich vorzustellen.

Wollt ihr euch am Projektplatz oder in anderer Form beteiligen, dann solltet ihr euch bis zum 1. April melden.

Wir freuen uns, wenn Ihr kommt:

Am 07.05.2010 ab 18 Uhr nach Frankfurt/M ins Café Exzess, Leipziger Straße 91.

Das Treffen findet dort und in der Au 14-16 (Rödelheim) statt, wo es viel Platz für uns gibt. Dort könnt ihr auch zelten. Kinderbetreuung ist selbstverständlich vorhanden und eine vegane Küche gibt es auch. Hunde dürfen leider nicht in die Au. Das ganze Treffen ist kostenlos, wir hoffen aber sehr auf eure Spenden.

Die Workshops finden in der Au 14-16 statt, hauptsächlich draußen. Bei schlechtem Wetter sind aber auch genügend Räume vorhanden.

Anmeldung

Ihr erleichtert uns sehr die Organisation, wenn ihr uns diesen Abschnitt zuschickt oder mailt: Infoladen Frankfurt, Leipziger Str. 91, 60485 Frankfurt/M, c/o Cafe antisistema oder cafe-antisistema@gmx.de.

Ich / Wir komme/n am_____ und bin/sind da bis zum __
Wir kommen zu _____ (Anzahl der Personen), davon____ Kinder

Wir kommen mit _____Zelt/en (Anzahl)

Wir brauchen _____ Drinnen-Schlafplätze

Wir wollen folgende Projektplätze, Workshops, Inputs o.ä. anbieten:

Dafür brauchen wir: _____

Kontakt (bitte mind. eine Möglichkeit für Rückmeldungen angeben)

E-Mail:_____ Tel.:_____ Adresse:_____

Gelebte Utopie ?

Erfahrungen als Menschenrechtsbeobachterin in Chiapas

„Ist Chiapas also der Ort an dem man sein sollte – so eine Art Paradies?“ fragte eine Schülerin, nachdem ich zwei Unterrichtsstunden zur zapatistischen Autonomie und der zapatistischen Philosophie gehalten hatte. In dem Moment brachte mich die Frage zum Schmunzeln, doch kurz darauf wurde mir klar, dass sie wohl meine eigene Sichtweise auf das, was da in Chiapas entstanden war, reflektierte.

Meine Hauptmotivation nach Chiapas zu gehen, war meine Faszination für die zapatistische Philosophie. Die Zapatistas unterscheiden sich grundsätzlich von anderen lateinamerikanischen Guerillas. An Stelle einer orthodoxen Ideologie setzen sie ihr Konzept der ‚Würde’ in den Vordergrund revolutionären Denkens. Würde hat nach ihrer Auffassung grundsätzlich jeder Mensch, jedoch muss sie immer wieder neu erkämpft werden. Würde bedeutet für sie Emanzipation, die Erhaltung der eigenen Subjektartigkeit in einer Welt, in der wir durch Machtbeziehungen ständig von Objektivierung bedroht sind. Aus diesem Grund ist die Demokratie, die jedem Menschen Emanzipation ermöglicht, wichtigster Bestandteil des zapatistischen Kampfes. Demokratie ist für sie ein weit gefasster Begriff, der nicht allein eine politische Struktur, sondern auch eine spezifische Art sozialer Beziehungen und ihre Methode des Kampfes beschreibt. Da es sich um einen Kampf der Würde handelt, kann sich dieser nicht auf eine vorgefertigte Ideologie beziehen, denn dies hätte zur Folge, dass Menschen zu Objekten degradiert würden. Stattdessen ist ihr Leitmotiv das ‚caminar preguntando’ (fragendes Vorangehen), womit gemeint ist, dass sie ihre Schritte immer wieder kritisch hinterfragen und jede Handlung in Konsensentscheidungen von der gesamten Basis entschieden wird. Auch kann ein Kampf der Würde nicht auf die Ergreifung der Macht aus sein, wie für andere Guerillas typisch, denn es gilt Macht an sich als anti-demokratisches Element abzuschaffen. Sie sagen: „Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.“

„Langsam, aber ich komme voran.“ Zapatistisches Wandbild im Caracol Oventic.
Foto: Rosa

Die mexikanische Regierung bekämpft nach wie die Zapatistas in einem Krieg Niederer Intensität, da sie die allgemeine Ordnung und vor allem ihre ökonomischen Interessen an dem ressourcenreichen Bundesstaat bedroht sieht. Ermordungen, Bedrohung, Vertreibung und Erpressung sind in Chiapas keine Seltenheit. Deshalb schickt das Menschenrechtszentrum Frayba in San Cristóbal/Chiapas internationale MenschenrechtsbeobachterInnen in das Konfliktgebiet. Diese können allein durch ihre Präsenz Menschenrechtsverletzungen verhindern, da die Staatsregierung eine internationale Öffentlichkeit für den Konflikt vermeiden will.

So kam auch ich mit hohen Erwartungen nach Chiapas und hatte die Gelegenheit, einen Einblick in die zapatistischen Strukturen zu bekommen. Selbstverständlich veränderte sich mein Blick durch die Konfrontation mit der Realität und ich musste einsehen, dass auch auf zapatistischem Gebiet keine Perfektion an gelebter Utopie vorhanden ist. Die Armut und die AnalphabetiInnenrate sind weiterhin enorm hoch und sowohl die Basisdemokratie als auch das Konsensprinzip führen zu einigen Komplikationen. Z.B. wenn der Rat, mit dem man eine Absprache hatte, nach einem Turnus von sieben Tagen wechselt und der neu eingesetzte Rat von keiner Absprache weiß. Trotzdem wurden meine Erwartungen nicht enttäuscht, denn die nicht vorhandene Perfektion ist natürlich auch eine Folge des Festhaltens an konsequenter Demokratie und ich traf auf Menschen, die zwar weder lesen noch schreiben konnten, die jedoch eine Würde ausstrahlten, wenn sie von ihrem Kampf erzählten, von der wir nur träumen können. Denn während die deutschen Linken noch überlegen, wie und wann die bessere Welt aufgebaut werden sollte und ob es überhaupt möglich sei und während sie noch hoffen, dass der Kapitalismus sich vielleicht durch innere Widersprüche selbst auflösen könnte, gibt es in Chiapas bereits autonome Schulen und Krankenhäuser, sowie fünf autonome Kultur- und Verwaltungszentren. Die Tatsache, dass eine

Gruppe marginalisierter Bäuerinnen und Bauern einfach ihr Schicksal in die Hand nahm, zur Tat schritt und der Proklamation vom ‚Ende der Geschichte' zum Trotz dabei ist, eine neue Welt aufzubauen, die den Widerspruch zwischen Utopie und Realität aufhebt, ist wohl eines der bemerkenswertesten Phänomene unserer Zeit.

Wie ist die Frage der Schülerin nach Chiapas als Paradies nun zu beantworten? Die Zapatistas selbst würden wohl etwa folgendes erwidern: Es hat sich enorm viel verbessert seit 1994, dennoch gibt es weiterhin viel Elend und die gewaltvolle Bekämpfung durch die mexikanische Regierung bleibt bestehen. Das Paradies blitzt an einigen Ecken hervor in der wiedererlangten Würde der Menschen, jedoch ließe sich ein Paradies ohnehin nie vollständig errichten, denn Würde ist etwas, das täglich erkämpft werden muss.

Für mich persönlich bleibt Chiapas trotz oder gerade wegen all seiner Unzulänglichkeiten ein Ort, der Kraft, Hoffnung und Inspiration schenkt. Ja, so eine Art Paradies.
Pau

Ziviles Friedenscamp in der autonomen zapatistische Gemeinde Guadalupe Tepeyac
Foto: flaco

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas – ZeugInnenbegleitung in Guatemala

CAREA e.V.

- bereitet im Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas MenschenrechtsbeobachterInnen für Gemeinden in Chiapas/Mexiko vor,

- übernimmt als Mitglied von CAIG (Coordinación del Acompañamiento Internacional en Guatemala) die Vorbereitung von Freiwilligen für die Arbeit im ZeugInnenbegleitprojekt in Guatemala.

Infos und Anmeldung:
CAREA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel/Fax: 030 - 4280 5666
http://www.carea-menschenrechte.de/ Mail: info@carea-menschenrechte.de

Einladung zur Rebellion - Das Ya-Basta-Netz

Das YA-BASTA-NETZ ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Solidaritäts- und Aktionsgruppen. Es ist ein lernendes Netz, in dem die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe und Widerstandsformen nebeneinander bestehen können und aufeinander (kritisch) Bezug nehmen.

Wir ermutigen und unterstützen uns gegenseitig in unseren lokalen Widerständen und führen nicht nur notwendige Verteidigungskämpfe, sondern nehmen uns auch die Zeit, klare Konzepte für Wege in eine andere Welt zu entwickeln. Dabei suchen wir nach Informations- und Aktionsformen, die auch über die linke Szene hinaus nachvollzogen werden können.

Wir haben keine Lust auf eine avantgardistische elitäre Linke, die vom Schreibtisch aus „klug" die Tageserereignisse kommentiert und abqualifiziert, aber im Alltag nicht bereit ist, am eigenen Umgang mit den Mitmenschen zu arbeiten, Widerstand gegen die herrschenden Zustände zu leisten oder den eigenen Konsum zu reflektieren.

Die dauerhafte Repräsentation der eigenen Interessen durch andere Menschen oder Institutionen lehnen wir ab, da sie nachweisbar nicht zum Wohle aller Menschen beiträgt. Wir kämpfen für eine Welt, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.

Wir sind davon überzeugt, dass emanzipatorische Veränderungen nur durch eine Bewegung von unten machbar sind, und dass staatliche Politik letztendlich nichts an den Herrschaftsverhältnissen ändert.

Solidarität bedeutet für uns, voneinander zu lernen, uns zu unterstützen und an verschiedenen Orten gleichzeitig für eine menschliche Welt zu kämpfen, die Zapatistas in Chiapas und wir hier - und uns zusammen als Teil einer globalen Bewegung zu begreifen. Wir wollen weder für uns keine besondere Stellung in Anspruch nehmen noch kämpfen wir um Macht. Wir wollen gleichberechtigt mit allen anderen leben.

Stark gekürzte Version der Erklärung „Wer wir sind" des YA-BASTA-NETZ, Mai 2004

Lust auf mehr? Der ganze Text ist abrufbar unter:
http://ya-basta-netz.de.vu/

Interview mit La Nacha

„Gestern wurden wir als subversive Aufständische angeklagt, heute weiß die Welt, dass wir unschuldig waren."

Ana Ignacia Rodríguez – bekannter unter ihrem damaligen Spitznamen «La Nacha» - ist eine ehemalige studentische Aktivistin der 68er-Bewegung in Mexiko-Stadt. Sie war damals eine der wenigen Frauen, die in der Studierendenbewegung eine führende Rolle gespielt hat. Als Überlebende des Massakers vom 2. Oktober und als ehemalige politische Gefangene thematisiert sie die Straflosigkeit der Täter und die bis heute andauernden staatlichen Menschenrechtsverletzungen in Mexiko.

Welche Informationen über dich sind für die LeserInnen von Tierra y Libertad besonders wichtig?

Ich heiße Ana Ignacia Rodriguez Marquez, allerdings bin ich als „La Nacha" bekannt, der Name, den mir die Polizisten gaben, als sie mich 1968 festnahmen.
Ich komme ursprünglich aus Taxco, im Bundesstaat Guerrero. 1962 ging ich in die Hauptstadt, um dort an der juristischen Fakultät der UNAM zu studieren. Ich wollte Rechtsanwältin werden, um - so ein Kindheitstraum - den Ärmsten der Armen kostenlosen Rechtsbeistand geben zu können. Die StudentInnenbewegung begann, als ich meine Examensarbeit in Arbeitsrecht schrieb. Ich beschloss, mich an dieser Protestbewegung zu beteiligen und schloss mich dem Comité de Lucha an, dem Kampfkomitee meiner Fakultät, und war mit für die Finanzen verantwortlich.

Warst du vor deiner Beteiligung an der 68er Protestbewegung in anderen politischen oder sozialen Bewegungen aktiv?

Vor 68 war ich politisch nicht aktiv. Ich hatte mich vor allem in studentischen Gruppen engagiert, die eher kulturelle Aktivitäten organisierten, aber auch politische Diskussionsforen. Ich war auf allen Demonstrationen der damaligen Zeit dabei, Demonstrationen zur Unterstützung des vietnamesischen, kubanischen oder chilenischen Volkes.
Ich beschloss, in der 68er Bewegung aktiv zu werden, als die ersten meiner Compañer@s unterdrückt und verletzt worden waren und die Studentenversammlung daraufhin die Fakultät besetzte und das Comité de Lucha gründete.
Ich wurde dreimal verhaftet, das erste Mal am 18. September, als das Militär in die Universität eindrang und damit die Autonomie der Universität verletzte. Wir waren 42 Frauen, die ins Gefängnis gebracht wurden. Nachdem sie uns wie Kriminelle behandelt und verhört hatten, wurden wir freigelassen. Meine Freundin Roberta Avendaño Martínez, die Mitglied des nationalen Streikkomitees war, und ich nahmen am 2. Oktober 1968 an der Protestkundgebung in Tlatelolco teil und überlebten das Massaker. Zwei Tage später wurde ich durch die Geheimpolizei verhaftet und psychisch gefoltert. Nach zwei Jahren im Gefängnis wurden wir am 24. Dezember 1970 freigelassen, nachdem mehrere Anklagepunkte – ohne weiteres Verfahren – fallengelassen worden waren. Ursprünglich lautete die Anklage auf Raub, Mord, tätliche Angriffe u.a. Nur zwei der Anklagepunkte waren politisch, nämlich die Aufforderung zum Aufstand und zur Rebellion. Bereits damals war das Ziel die Kriminalisierung der politischen Bewegung, wie die Anklagepunkte zeigen.

Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es zwischen der 68er Bewegung und den heutigen sozialen und politischen Bewegungen?

Schon damals gab es den Versuch, die studentischen und andere AktivistInnen zu kriminalisieren und als gewöhnliche VerbrecherInnen zu präsentieren. Dazu gehören heute auch die KämpferInnen für Menschenrechte. Heute wie damals werden politisch Aktive verhaftet und verschwinden spurlos. Auch der Ver

Das Massaker von Tlatelolco

Zehn Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Mexiko-Stadt, am 2.10.1968, griff auf Befehl der Regierung die mexikanische Armee mit Panzern und Scharfschützen eine studentische Demonstration an, die sich auf dem «Platz der Drei Kulturen» versammelt hatte. Bis heute ist unklar, wie viel hunderte Tote es dabei gegeben hat. Durch das staatliche Massaker fand die mexikanische 68er Bewegung ein abruptes Ende. Danach verstärkte sich die staatliche Repression gegenüber AktivistInnen noch und mündete schließlich in einen «Krieg niedriger Intensität» gegenüber Oppositionellen und der Bevölkerung insgesamt. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch wurden ab den 1970er Jahren AktivistInnen unrechtmäßig eingekerkert, gefoltert oder gewaltsam verschwunden. Lange war das Massaker vom 2.10.1968 ein Tabu. Die Geheimdienstakten wurden unter Verschluß gehalten und die politisch Verantwortlichen sind bis heute nicht belangt worden.

such der staatlichen Apparate, Verschwörungstheorien zu konstruieren, besteht weiter, ebenso wie die Methode, Spitzel einzuschleusen.
Zwar wurden die berüchtigten Strafrechtsartikel abgeschafft mit dem Vorwurf des sozialen Aufruhrs, der es erlaubte, Menschengruppen von mehr als fünf Personen einfach festzunehmen. Heute erfüllt der Terrorismus-Vorwurf denselben Zweck.
Der offizielle Diskurs hat sich im Vergleich zu 1968 geändert. Laut Regierungsdiskurs werden in Mexiko die Menschenrechte, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht respektiert. Doch auch unter der aktuellen Regierung gibt es wieder Verschwundene, werden politische und soziale KämpferInnen als Kriminelle verurteilt.
Gestern wurden wir als subversive Aufständische angeklagt, heute weiß die Welt, dass wir unschuldig waren und es gibt sogar eine Erinnerungsstätte für die Opfer der Repression von 68. Heute werden wir als TerroristInnen angeklagt. Doch morgen ....

Welche Ziele hatte deine Reise in die Bundesrepublik?

Ich kam auf Einladung von amnesty international (ai) nach Deutschland. Ein wichtiger Grund war, mich bei den ai-Mitgliedern zu bedanken, die sich vor 40 Jahren für meine sofortige Freilassung als politische Gefangene eingesetzt hatten. Ihre Unterstützung damals war vielschichtig: Sie schrieben Protestbriefe, schickten mir Pakete und unterstützten mich finanziell, als ich freigelassen wurde.
Ein weiterer Grund hierher zu kommen, war, über den fast 40 jährigen Kampf unseres „Comité 68“ für die Bestrafung der Verantwortlichen der Massaker vom 2. Oktober 68 zu informieren. Außerdem wollte ich auch über den Kampf auf internationaler Ebene berichten, den das Comité führen muss, nachdem alle nationalen juristischen Möglichkeiten der Anklage und Bestrafung der Verantwortlichen im Sande verlaufen waren.

Im letzten Herbst war Ana Ignacia Rodriguez auf einer Informdreise in Deutschland, während der sie auch den Film „Cementerio de Papel“ vorstellte, ein Thriller über die fehlende Aufarbeitung staatlicher Menschenrechtsverletzungen in Mexiko.

Jutta Klaß von zapapress führte das Interview per E-Mail.

Urgent Action: Entführung durch die mexikanische Armee

Angehörige der mexikanischen Armee nahmen am 29. Dezember im Norden Mexikos aus unersichtlichen Gründen drei Personen fest. Es ist weder bekannt, was mit ihnen geschehen ist, noch wo sie sich befinden. Die drei könnten dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer gefallen sein. MenschenrechtlerInnen, die sich für sie einsetzen, sind vermutlich auch in Gefahr, da eine Menschrechtsaktivistin, die Menschenrechtsverstöße seitens der Armee anprangerte, am 3. Januar ermordet wurde.

Am 29. Dezember beobachtete man in der Stadt Buenaventura im Bundesstaat Chihuahua zehn Soldaten dabei, wie sie Jose Angél Alvarado Herrera, der dort Verwandte besuchte, und seine Cousine Nitza Paola Alvarado Espinoza festnahmen. Nitza Paola Alvarado Espinoza ist halbseitig gelähmt und muss regelmäßig Medikamente einnehmen. Am selben Tag verhafteten Soldaten auch die 18-jährige Rocío Irene Alvarado Reyes bei ihr zu Hause. Die Soldaten zeigten keinen Haftbefehl vor. Die drei Personen sind seither nicht mehr gesehen worden.

Als ihre Verwandten Rechtsmittel gegen die Festnahmen vor der Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaats Chihuahua in Buenaventura einlegen wollten, erklärte ihnen ein Beamter, dass das Militär eine Razzia in der Gegend durchgeführt habe, um potentielle Kriminelle ausfindig zu machen und dass die drei Personen im Gewahrsam des Militärs seien. Nichtsdestotrotz hat ein Sprecher der gemeinsamen Initiative von Polizei und Militär zur Verbrechensbekämpfung in Chihuahua (Operativo Conjunto Chihuahua) abgestritten, dass die Armee die Personen festhält.

Die Angehörigen wandten sich an drei Menschenrechtsorganisationen in Chihuahua Stadt und Ciudad Juárez. Amnesty International befürchtet, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Organisationen ebenfalls Einschüchterungen und Angriffe drohen, insbesondere erscheint dies seit der Ermordung der Menschenrechtsverteidigerin Josefina Reyes am 3. Januar akut.

Hintergrund

Seit 2007 kommt es in Mexiko in Zusammenhang mit organisierter Kriminalität immer häufiger zu Gewaltverbrechen. Die Medien berichteten 2009 von mehr als 6 500 Getöteten in Verbindung mit den Drogenkartellen, die meisten davon im Bundesstaat Chihuahua. Die Regierung unter Staatspräsident Calderón setzte 50 000 Soldaten ein, um in den am stärksten betroffenen Gebieten - wie der Stadt Ciudad Juárez - gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen. Dies führte zu einer Häufung von Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch das Polizeiaktionen ausführende Militär, darunter Entführungen, Folter und Tötungen.

Im November 2009 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen durch das Militär in Mexiko. Darin werden Fälle von „Verschwindenlassen“ in Ciudad Juárez dokumentiert, bei denen das Militär trotz zwingender Beweise jegliche Beteiligung leugnet. Solche Fälle werden in der Regel von der Militärjustiz untersucht, und Verfahren finden vor Militärgerichten statt, so dass unparteiische und unabhängige Ermittlungen nicht garantiert sind und daher die große Mehrheit der Täterinnen und Täter straffrei bleibt. Den Opfern und ihren Angehörigen wird somit das Recht auf Aufklärung der Taten und Bestrafung der Verantwortlichen verwehrt. Militärangehörige sind sich der Tatsache bewusst, dass man sie gewöhnlich nicht zur Rechenschaft zieht.
www.amnesty.de/urgent-action/ua-009-2010/drohendes-verschwindenlassen

„Der Feminizid ist ein Staatsverbrechen“

Gespräch mit Yesica Sánchez über die Rolle von Staat, Parteien und Kirche im Kontext der alltäglichen Gewalt gegen Frauen im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca - und den Widerstand der Betroffenen dagegen.

* Yesica Sánchez ist feministische Anwältin und arbeitet bei der unabhängigen Organisation Consorcio (Gemeinschaft für Dialog und Gleichheit) in Oaxaca, Mexiko.

Ihre Organisation hat eine aktuelle Studie zu den Feminiziden in Oaxaca veröffentlicht. Wie würden Sie dieses Phänomen erklären?

Der Feminizid ist ein hochaktuelles Problem in mindestens acht von 32 Bundesstaaten Mexikos, darunter Oaxaca. Er wird als ein Verbrechen des Staates betrachtet und umfasst einen Komplex von Handlungen und Nicht-Handlungen. Der Staat müsste Programme initiieren und Gesetze ändern, um die Frauen zu schützen. Da der Staat die Verantwortlichen aber nicht bestraft, werden Frauen Opfer von Gewalt und Vergewaltigung bis hin zu Mord. Dadurch wird eine Dynamik der Straflosigkeit geschaffen. Wenn die Aggressoren wissen, dass nicht einmal einem Mörder etwas passiert, fühlen sie sich ermutigt, Gewalt gegen die Frauen auszuüben. Es wurde mehrfach bestätigt, dass Gouverneur Ulises Ruiz, der Kongress und die Gerichte verantwortlich sind. Sie agieren als Störfaktoren oder Komplizen, anstatt zu helfen. Es wurden beispielsweise Täter freigelassen, die ihre Frauen umgebracht oder ihre Töchter vergewaltigt haben. Das autoritäre Regime in Oaxaca kriminalisiert also nicht nur soziale Aktivisten, lässt nicht nur Oppositionelle "verschwinden" und verfolgt nicht nur die Menschenrechtsverteidiger, sondern lässt die Gewalt gegen die Frauen einfach zu und unternimmt nichts, um sie zu beenden.

Wie steht es um das Recht auf Abtreibung in Mexiko?

Wir erleben in Mexiko einen umfassenden Rückschlag, was die mühsam erkämpften Rechte der Frauen angeht. Wir erleben eine regelrechte Attacke der politischen Rechten gegen die Frauenrechte und den laizistischen Staat. Auch die Kirchenhäupter treiben diese Entrechtung der Frauen massiv voran. Vor zwei Jahren wurde in Mexiko-Stadt eine Reform durchgesetzt, die die Abtreibung entkriminalisiert hat. Dies war ein Schlag für die mexikanische Rechte. Sie hat dies nie als einen bedeutenden Fortschritt für die Frauen gesehen und in diversen Bundesstaaten Mexikos Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, mit dem Ergebnis, dass die Abtreibung heute in 19 von 32 Bundesstaaten bestraft wird, sogar im Fall von Vergewaltigung. Es gibt auch Fälle von Frauen, die im Gefängnis unfallbedingt ihr Kind verloren haben und daraufhin des Mordes angeklagt wurden. Wir Frauen forderten eine öffentliche Debatte, wurden im Fall von Oaxaca aber vom Wachpersonal geschlagen und vertrieben, als wir mit den Kongressabgeordneten reden wollten.

Nun gibt es Bemühungen, die föderale Verfassung in dieser Frage zu reformieren, damit die Fortschritte, die in Mexiko-Stadt erreicht wurden, wieder rückgängig gemacht werden. Dies bringt uns Frauen in eine Situation der Unsicherheit und der Kriminalisierung. Uns wird das Recht genommen, über unseren Körper und unser Lebensprojekt zu entscheiden.

Wie reagieren die organisierten Frauen und die feministischen Organisationen auf diese Zumutungen?

Mexikoweit wurden verschiedene Bündnisse von Anwältinnen und Aktivistinnen aufgebaut, die die Frauenbewegungen koordinieren, um die föderale Verfassungsreform zu verhindern und auch in verschiedenen Bundesstaaten die neuen Regelungen rückgängig zu machen.

Consorcio, die Organisation in der ich arbeite, verfolgt mehrere Strategien. Wir erarbeiten und publizieren Berichte zum Thema und wir vernetzen uns mit anderen Organisationen. Außerdem arbeiten wir mit Frauen in indigenen Gemeinden der Mixe-Region zusammen. Sie werden juristisch ausgebildet und später übernehmen diese Rechtsexpertinnen die Unterstützung anderer Frauen aus der Region. Wir arbeiten auch mit Jugendlichen und Männern, die dem Thema allerdings immer noch reserviert gegenüber stehen.

Die internationale Gemeinschaft möchten wir aufrufen, die Ereignisse in Mexiko aufmerksam zu verfolgen und sich wenn nötig an entsprechenden Protestaktionen gegen die Ungerechtigkeit in Mexiko zu beteiligen.

Interview: Luz Kerkeling

Yesica Sánchez Foto: Luz

Caminata Indígena

Widerstand gegen die Auswirkungen von Neoliberalismus und Klimapolitik in Panama

Im Dezember 2009 scheiterte in Kopenhagen der Klimagipfel COP15. Die kontinuierliche Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums ist Grundbestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. Die daraus resultierenden katastrophalen Auswirkungen sollen nach Vorstellung der herrschenden Eliten mit Hilfe marktwirtschaftlicher Techniken bekämpft werden. Dass das nicht funktionieren kann, bekommen zuerst die Menschen im globalen Süden zu spüren.

Tausende indígene Menschen und Kleinbauern sind in Panama von Vertreibung bedroht. Sie sollen dem Bau von Wasserkraftwerken weichen, da sich mit dem Betrieb der Anlagen CO2-Zertifikate generieren lassen, die als moderner „Ablasshandel" von Industrienationen aufgekauft werden.

Für nahezu das gesamte Territorium Panamas sind Bergwerkskonzessionen vergeben worden, um den Rohstoffhunger der neoliberalen Welt zu befriedigen. Der Gold- und Kupferbergbau führt schon jetzt zur Vertreibung von Menschen und zur Vergiftung weiter Teile des Landes.

Mit einem Festhalten an der bisher praktizierten neoliberalen Politik ist die Katastrophe nicht aufzuhalten. Ein Grossteil der 30 000 in Panama lebenden Kuna Indígenas lebt auf kleinen Inseln, die der karibischen Küste vorgelagert sind. Schon bei einem geringen Anstieg des Meeresspiegels würden die Inseln unbewohnbar werden.

Die negativen Auswirkungen der Klimapolitik haben Ausmaße erreicht, die zu einem Protestmarsch von indigenen Menschen und KleinbäuerInnen führte: Der „Caminata Indígena". 400 Kilometer weit zogen die AktivistInnen im September/Oktober 2009 aus ihren Heimatdörfern bis in die Hauptstadt Panama City.

Caminata Indígena

Schwer rinnt Reynaldo der Schweiss über das Gesicht. Er ist diese Hitze nicht gewohnt. Er nicht, seine Freunde nicht und auch der alte Valentin Santana, König der Naso, sie alle kämpfen mit dem Klima hier unten an der Pazifikküste Panamas. 400 Kilometer weit, hoch aus den nebligen Bergen von Bocas del Toro kommen sie, zu Fuß. Die Beine schmerzen, die Füsse sowieso.

„Aber wir müssen es Ihnen zeigen. So geht es nicht weiter. Sonst sind wir am Ende. Wir müssen Druck machen auf die Regierung," keucht Reynaldo.

Campesinos und Indigenas marschieren gemeinsam Foto: Hinrich Schultze

Der Energiehunger der neoliberalen Welt und das Kyoto Protokoll sind der Grund für ihren Marsch. Internationale Freihandelsverträge wurden geschlossen. Stromschneisen von Mexiko bis Kolumbien werden gezogen. Elektrische Energie soll international gehandelt werden. Und im fernen Panama City wurde beschlossen: Die Energie soll auch aus dem Fluss der Nasos kommen. Für die Investoren wäre der Fluss eine Gelddruckmaschine. Nicht nur der Strom lässt sich lukrativ weiterverkaufen, mit den Wasserkraftwerken lassen sich auch Kyoto-CO2-Klimazertifikate generieren, die von den Industrienationen zu hohen Preisen angekauft werden - als Ausgleich für klimaschädigende Grossprojekte wie z.B. das neue Kohlekraftwerk in Hamburg Moorburg.

Doch der Fluss ist für die Nasos keine Handelsware. Der Fluss ist für sie der Ursprung des Lebens, ihr Lebensmittelpunkt. Er ist Nahrungsquelle, Transportweg, hier wird die Wäsche gewaschen und er ist zentraler Bestandteil der Religion.

Und deshalb haben sie ihre Felder verlassen, sich aufgemacht. 400 Kilometer weit hinunter aus den Bergen marschieren sie Richtung Hauptstadt. Sie sind wütend und sie sind nicht allein. Auch die Ngobe - Indigenas haben sich ihnen angeschlossen, eine Delegation der Campesinos und auch ein Kuna ist mit dabei. Zum ersten Mal marschieren sie gemeinsam. Zum ersten Mal rufen sie ihre Parolen gemeinsam:

Verkaufe das Land?
Verkaufe Deine Mutter!

Verkaufe den Fluss? Verkaufe Deine Grossmutter!

Wasser für das Leben -
Nicht für den Tod!

„Warum soll ich mich aus meiner Heimat vertreiben lassen," fragt Rey-

Die Caminata nähert sich Panama-Stadt Foto: Hinrich Schultze

naldo. „Nur damit die in der Hauptstadt ihre Geschäfte machen und die Industrieländer mit diesem Ablasshandel ihr Gewissen beruhigen und weitermachen können wie bisher? Wir waren immer Teil der Natur, haben auf sie aufgepasst. Wozu brauchen wir da noch Klimazertifikate?“

-

Wer sein Land verkauft, dem soll es gut gehen. So sagen zumindest die Vertreter der Konzerne bei ihren Hausbesuchen: Gute Ausbildung für die Kinder, Strom- und Wasseranschluss, der Fortschritt soll in die Hütten der BergbewohnerInnen einziehen. Doch fast alle haben Erfahrungen mit den leeren Versprechungen der Herrschenden gemacht.

Auch Jeremias in der Kuna Comarca weiss, was von den Versprechungen der Industrie zu halten ist. Auch er wurde vertrieben. Für das nationale Wohl sei die Umsiedlung unbedingt erforderlich, hiess es damals. „Elektrischer Strom und fließendes Wasser wurde uns versprochen. Und wir würden endlich Ruhe finden an dem neuen, schöneren Ort, er sei verkehrstechnisch viel günstiger gelegen. Dort seien wir sicher vor weiteren Projekten - alles Lüge,” flucht er.

Erst vor kurzem wurde der nahe Wald eingezäunt. Soweit das Auge blicken kann ist der Urwald abgebrannt. Eine riesige Schneise durchzieht jetzt das einstige Jagdgebiet. Wieder geht es um das nationale Interesse. Eine interkontinentale Stromtrasse soll gezogen werden. Beim Anblick der rauchenden Natur spiegeln sich Wut und Verbitterung in den Gesichtern. Und plötzlich steht nicht nur der Wald, sondern auch die Hütten der eingedrungenen Bauarbeiter in Flammen. Häuser anzünden, das ist normalerweise nicht die Art der friedlichen Kuna. „Aber was haben wir für Möglichkeiten angesichts der Lüge und des Betruges”, fragt Jeremias. „Was haben sie uns alles versprochen, für die Unterschrift unter den Vertrag. Strom und fließend Wasser. Und was haben wir bekommen? Nichts - ausser das fließende Wasser. Das haben wir,” sagt Jeremias verbittert und deutet hinunter ins Tal. „Dort, unten im Tal, unser Fluss. Dort können wir jetzt unser Wasser fließen sehen.“

-

Eine Zeitung kaufen - das ist für die meisten TeilnehmerInnen des Marsches ein Luxus, den man sich selten gönnt. Aber heute hat Eric es getan. Ungläubig liest er die Nachricht aus Europa: „Europäische Landwirte kippen auf Grund der niedrigen Preise ihre Milch auf die Strasse.“

„Wenn wir das Freihandelsabkommen mit der EU bekommen, werden die in Europa ihre billige Milch nach Panama exportieren. Mit diesen Preisen können wir doch gar nicht mithalten. Müssen unsere Bauern dann auch ihre Milch wegschütten? Wir kommen ja jetzt schon kaum über die Runden!“

-

Heute ist ein besonderer Tag. Der Präsident Panamas ist eingeladen worden, die Eröffnungsrede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York zu halten. Einer Institution, die sich dem Frieden und der Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet fühlt. Und Präsident Martinelli findet auch die passenden Worte:

„Wir sind alle Brüder.“ „Lasst uns zusammensetzen, weil es kein Problem gibt, welches wir nicht zusammen lösen könnten.“ „Nichts ist stärker als Worte. Wir verstehen uns - durch den Dialog.“ „Wir müssen uns vereinen, um unsere Schönheit, Schätze, die Natur und unsere Menschen zu schützen“. „Wir Panamenier können alles verwirklichen wovon wir träumen und wenn jeder von uns seinen Traum verwirklicht, werden wir eine bessere Welt haben.“

Doch Reynaldo machen diese Worte nur noch wütender. Zur gleichen Zeit wie der Präsident seine Rede hält, hat die Polizei ein Camp der Naso-Indígenas in der Hauptstadt gewaltsam aufgelöst, die TeilnehmerInnen festge-

nommen. Seit Monaten hatten sie vor dem Präsidentepalast ausgeharrt. Protestierten unter freiem Himmel gegen ein Staudammprojekt und die Vertreibung von 200 Menschen durch schwerbewaffnete Spezialeinheiten der Polizei. Weil die Regierung sich weigert kollektives Eigentum anzuerkennen, wurde ihr Land der Viehzuchtfirma BOCAS Cattle Company zugeschlagen.

-

Inzwischen ist der Demonstrationszug in Panama City angekommen. Die Protestierenden lagern vor überdimensionalen Transparenten, die der neugewählte Präsident und Multimillionär Martinelli nach seinem Wahlsieg hat aufstellen lassen. Aufschrift: „Jetzt ist das Volk an der Reihe". Viele TeilnehmerInnen des Marsches hatten auf ihn gesetzt. In den indigenen Comarcas (autonom verwaltete Reservate) hatte er die meisten Stimmen bekommen. Doch jetzt, nach der Wahl, scheint alles vergessen. Den demokratisch legitimierten VertreterInnen der UreinwohnerInnen Panamas möchte er keine Zugeständnisse machen. Nicht einmal sehen möchte er sie. Immer wieder lässt er sich in seinem Regierungspalast verleugnen.

Für Santiago wiederholt sich die Geschichte. Er kann sich noch an damals erinnern, vor langer Zeit, an die Kämpfe der Guerilleros weit oben in den Bergen. „Inzwischen sind wir ja alle rehabilitiert. Sogar Strassen werden neuerdings nach uns benannt," sagt er. „Aber schauen Sie sich diese jungen Menschen an. Sie haben an das System geglaubt. Sie haben ein wichtiges Anliegen. Trotz blutiger Füsse sind sie immer weitermarschiert. Aber hier in der Hauptstadt interessiert sich keiner für sie. Das System ist mit sich selbst beschäftigt. Mit der eigenen Bereicherung: Freihandelsabkommen, Privatisierung, lukrative Klimaschutzmassnahmen. Den Nutzen hat nur eine kleine Elite. Diese Stadt mit ihrer leuchtenden Skyline vergleicht sich selber mit Singapur und Dubai. Sie ist so reich, weil die Menschen in der Provinz so arm sind. Die Marschierer, die jetzt nach Hause, zurück zu ihren Freunden und Familien fahren. Schauen Sie in ihr Gesicht. Was denken sie. Welche Lehren ziehen sie aus den Erfahrungen, die sie hier mit der Gesellschaft gemacht haben. So hatte es damals bei uns auch angefangen. So erzeugt man Guerilleros, oder - heute nennt man so was wohl - Terroristen!"

Letzte Meldungen aus Panama

Dezember 2009. Nachdem eine am Bau des Chorcha Staudamms beteiligte und um ihr Ansehen besorgte Firma einige kostenlose Gummistiefel an die Bewohner der Region verteilt hatte, marschierten Demonstranten zur Baustelle, errichteten ein Lagerfeuer aus 200 Gummistiefeln und riefen: „Die Spanier haben versucht unsere Vorfahren mit Glasperlen und kleinen Spiegeln zu kaufen. Wir werden uns unsere Rechte nicht durch ausländische Firmen im Tausch mit Gummistiefeln nehmen lassen!"

Januar 2010. Die sozialen Auseinandersetzungen verschärfen sich. Am 11. Januar fand die schon mehrfach mit dem Tode bedrohte Umweltaktivistin Carmencita Tedman zwei verstümmelte Leichen auf ihrem Grundstück, eine klassische Warnung lateinamerikanischer Todesschwadronen. Dennoch sollen die Proteste weitergehen. Für den 23. Februar sind erneute Aktionen gegen die Petaquilla Mine geplant.

Weitere Infos und Fotos:
www.dokumentarfoto.de/caminata

Unter der Addresse ist auch ein Solidaritätskalender zu beziehen um die anstehenden juristischen Auseinandersetzungen zu unterstützen.

Infos auf spanisch:
www.caminatapanama.org
www.frenadesonoticias.org

Fotos und Text:
Hinrich Schultze
hini@hinifoto.de

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

3. SOZIALFORUM Bunter Event oder politischer Prozess? · Ein persönliches Resümee von einer aus dem Wendland · Eine gute Idee zur falschen Zeit? · Offene Räume für politisches Agieren: Neuer Auftakt? · Sozialforen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften · Bunte Protestkultur: Klein aber fein · Auswertungstreffen: Wie geht es weiter? · Interview mit Chico Whitaker: Um outro mundo é possível – eine andere Welt ist möglich! · 5. Stuttgarter Open Fair 2010: Von alten Krisen zu neuen Wegen WOHNPROJEKTE Der Eilhardshof braucht Hilfe JUBILÄUM 30 Jahre SSM: Was uns zusammenhält GENTECHNIK Überall die Finger drin haben, aber nicht auffallen: Die Konzerne PROJEKTE Hamburg: Schanzenfest & Gewalt – Vier kaputte Scheiben · Rote Flora – kulturelles Stadtteilprojekt und politisches Zentrum MEDIEN Frankreich: Verzicht und Lebensfreude – »Décroissance« GENO Copino eG: Fair und sozial von A bis Z – Handels- und Verkaufsgenossenschaft im Werden u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN«

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

www.Chiapas98.de
Aktuelles, Urgent Actions, Archiv, Materialien

Besuch bei den Anarchists Against the Wall

Drei Menschen aus dem Ya-Basta-Netz haben sich Anfang diesen Jahres auf Einladung von Anarchists Against The Wall (Awalls) nach Israel und Palästina aufgemacht. Ende 2008 war eine Aktivistin der Anarchists auf Einladung des Ya-Basta-Netzes auf einer Inforundreise in Deutschland gewesen. Seitdem stehen sie in stetem Austausch mit den Awalls. Durch den Kontakt war das Interesse geweckt, die Situation in Israel/Palästina aus erster Hand zu erleben. Die Anarchists against the wall hatten zusammen mit dem Dorfkomitee von Bil'in 2008 die Carl-von-Ossietzky-Medaille in Berlin entgegengenommen, einem Friedenspreis, der für herausragende Einsätze für Menschenrechte verliehen wird.

Wir wurden mit einer beeindruckenden Gastfreundlichkeit empfangen und direkt mit einbezogen. Wie jeden Freitag waren auch diesmal mehrere Kundgebungen und Demonstrationen angesagt. Wir fuhren nach Bil'in, der ungefährlichste Ort für das erste Mal. Seit 5 Jahren begleiten AktivistInnen der Awalls die BewohnerInnen von Bil'in bei ihren Protesten und Demonstrationen gegen die Mauer. Und ganz allmählich hat sich eine Vertrauensebene hergestellt. Die Awalls begleiten nur Dorfkomitees, die nicht parteipolitisch gebunden sind. Sie begreifen sich tatsächlich als Begleitung und nicht primär als AkteurInnen. Die Menschen im Dorf entscheiden, was geschieht, wo die Demo langgeht, die Inhalte der Kundgebungsbeiträge und was sie tun. Diese Praxis entstand aus der Tatsache, dass israelische Soldaten nicht so leicht auf andere Israelis schießen, das heißt, die Anwesenheit jüdischer Israelis war für die PalästinenserInnen ein Schutz. Das hat sich allerdings geändert. Dieser Schutz besteht bei weitem nicht mehr so stark, ist aber immer noch sehr wichtig, denn Israelis können die Einhaltung von Gesetzen fordern, die für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten nicht gelten.

Unser Weg von Tel Aviv nach Bil'in führt über die Autobahn 443, einer Autobahn, die PalästinenserInnen nicht benutzen dürfen. Sie führt über weite Strecken direkt an der Mauer lang, die ungefähr so aussieht, wie hier eine Schallschutzmauer an der Autobahn, nur meist höher. Die Mauer, der Streifen dahinter und dann noch mal ein sehr hoher Stahlzaun nehmen etwa 5 Meter Breite ein. Sie schlängelt sich im Zick-Zack-Kurs durch die Landschaft, schließt manche Dörfer, die wir an den Hügeln liegen sehen, von drei Seiten ein. Und sie verläuft ausschließlich auf palästinensischem Gebiet. Wir sehen Dörfer, die umringt sind von der Mauer und hinter der Mauer liegen die großflächigen Siedlungen. Während in den Dörfern Hunderte Menschen wohnen, werden rundum Städte hochgezogen mit Tausenden von Siedlern. Wasser und Strom für diese Städte sind aber für die DorfbewohnerInnen nicht erreichbar, der Zugriff darauf ist verboten. Hinweisschilder zu palästinensischen Dörfern gibt es nicht, Ausfahrten dorthin sind blockiert.

Jeden Freitag werden von den Awalls Mitfahrgelegenheiten gecheckt, weil es so gut wie unmöglich ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Dörfer zu kommen. Wir fahren von der Autobahn ab und holpern über schlechte Landstraßen, bis wir endlich in Bil'in ankommen. Dort sind etwa 10 Menschen vom International Solidarity Movement versammelt, 15-20 Israelis und Leute aus dem Dorf. Der Sprecher des Komitees erklärt uns, was auf der Kundgebung an der Mauer gesagt wird und wie wir uns verhalten sollen, wenn Tränengas geschossen wird. An diesem Tag geht es darum, die EU aufzufordern, die militärische Unterstützung für Israel einzustellen und um das Gedenken an Bassem, den Sohn des Dorfvorstehers, der ein Jahr zuvor von einer neuen Art Tränengasgranaten tödlich verletzt wurde. Er starb auf dem Weg in ein Krankenhaus, weil der Aufenthalt am Checkpoint zu lange gedauert hat, um ihn zu retten. Es waren die gleichen Granaten, die letztes Jahr einen US-amerikanischen Aktivisten, Tristan, so schwer am Kopf verletzten, dass er wochenlang im Koma lag und heute schwerstbehindert ist.

Wir gehen los, aus dem Dorf raus, den Hügel hoch. Wir sind etwa hundert Menschen. Kaum nähern wir uns der Mauer auf der Hügelkuppe, schießt die Armee Tränengas, daraufhin werfen ein paar Kinder und Jugendliche mit Steinen, mehr Tränengas, usw., bis die Hügelkuppe eingegast ist. Die Soldaten nehmen

Demonstration in Bil'in

einen Israeli fest, es fliegen mehr Steine und eine nicht explodierte Gasgranate wird zurückgeworfen und geht zwischen den Soldaten los, der Israeli kann weglaufen. Langsam gehen wir ins Dorf zurück. Das ganze hat etwas weniger als eine Stunde gedauert, ein Ritual, das sich seit fünf Jahren jeden Freitag wiederholt, mal mehr, mal weniger heftig. Diesmal war es sehr relaxed, sagen alle.

Wir fahren weiter nach Ost-Jerusalem. Im Stadtteil Sheikh Jarrah findet eine Demonstration gegen die Vertreibung von PalästinenserInnen aus ihren Häusern statt. Mit der Begründung, dass 1840 jüdische Menschen dort Häuser gekauft hätten, wurde sie aus ihren Wohnungen hinausgeworfen. Nachdem im 19. Jh. die Siedler ihre Häuser einige Jahre später wieder verlassen hatten, waren palästinensische Familien eingezogen und lebten bis vor kurzem dort. Letztes Jahr dann waren Siedler mit Besitzurkunden aufgetaucht und hatten die PalästinenserInnen aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen. Die jedoch waren vor Gericht gegangen, weil die Siedler mit den Familien von 1840 nichts zu tun hätten. Das Gericht gab allerdings den Siedlern recht und die PalästinenserInnen mussten bisher 10 Häuser räumen, leben jetzt bei Freunden und Verwandten oder mit Kindern und Alten in Zelten vor den Häusern, weil sie nicht wissen, wohin. Es handelt sich um ein Viertel im arabischen Teil Jerusalems, neue Häuser dürfen nicht gebaut werden. Das Nachbarschaftskomitee wird von israelischen Menschenrechtsgruppen und den Awalls unterstützt. Auf der Demo waren ca. 200-300 Menschen. Sie unterschied sich nicht sehr von Demos hier. Allerdings durften wir nicht zu den bedrohten Häusern gehen.

Zurück in Tel Aviv erfahren wir, was sich in den anderen Dörfern im Widerstand abgespielt hat: In einem wurden Gummigeschosse eingesetzt, in dem anderen durften die Menschen unter Androhung scharfer Munition nicht den Sammelplatz mitten im Dorf verlassen, die Armee hatte sie umzingelt. In einem dritten Dorf, Masera, ist die Armee wegen eines Steinwurfes in das Dorf eingedrungen, um den vermeintlichen Steinewerfer festzunehmen.

Susia, das Dorf in der Negev

Samstag Abend fand eine Kundgebung gegen Abschiebungen schwarzafrikanischer Flüchtlinge statt, die in einer Kirche Asyl gewährt bekommen hatten. Die Polizei hat die Kirche gestürmt, die Flüchtlinge sitzen in Abschiebehaft. Die Gemeinde hatte die Kundgebung organisiert.

Sonntag fahren wir mit dem Bus nach Jerusalem, wo wir direkt das Angebot bekommen, am nächsten Morgen für zwei Tage in ein Dorf zu fahren, um dort beim Bau einer Zisterne zu helfen. Das Dorf liegt am Rande der Wüste Negev. Wir kommen am frühen Nachmittag an. Die Menschen, etwa 300-400 Personen, leben dort in Zelten. Ihr ehemaliges Dorf, wo sie in Häusern und in den Fels gehauenen Höhlen lebten, liegt 100 Meter weiter. 1948 sind sie dort vertrieben worden. In der Türkei fanden sie Eigentumsnachweise und sind zurückgekommen. 1986 wurden sie wieder vertrieben, nachdem sie die meisten ihrer Häuser wieder aufgebaut hatten. Diesmal wurde das Dorf komplett geschleift. Vor zwei Jahren sind einige erneut zurückgekommen und leben seitdem in großen Zelten. Ihr Dorf wurde zum archäologischen Naturpark erklärt, den sie nicht betreten dürfen. Zum Naturpark führen Wasser- und Stromleitungen, die die DorfbewohnerInnen nicht benutzen dürfen. Neuerdings haben sie einige Sonnenkollektoren für den Strom und 6 Zisternen. Die siebte sollen wir bauen helfen. Diese Zisternen sind 6 Meter tief und sind in einem Durchmesser von ebenfalls 6 Metern in den Fels gehauen. Dort wird das Regenwasser gesammelt, die komplette Wasserversorgung für das Dorf. Gearbeitet wird mit einem Boschhammer und diversen Pickeln. Mit einer Seilwinde wird der mit Steinen gefüllte Korb nach oben gezogen und auf den Hänger eines Traktors geladen. Strom für Seilwinde und Boschhammer liefert ein kleiner Generator. Es ist glühend heiß und unter Tage ziemlich stickig. Einer von uns fährt ein. Als kurz vor Sonnenuntergang die Arbeit beendet wird, kommen etwa 10 Menschen aus dem Loch raus, darunter 3 junge Frauen. Im letzten Jahr hatten sie schon genügend Zisternen gebaut, aber dann kamen Siedler, die Steine in die Zisternen warfen und sie mit Bulldozern unbrauchbar machten. Das Dorf besitzt Ziegen- und Schafherden, Hühner und Esel, Oliven- und Mandelbäume und - wo es zwischen den Steinen möglich ist - kleine Felder. Grundnahrungsmittel werden von der UNO geliefert, noch.

In der Nacht können wir schlecht schlafen, weil vom benachbarten Armeeposten aus stundenlang geschossen wird.

In den folgenden Tagen haben wir an unterschiedlichen Orten ähnliche Situationen erlebt. Die Menschen protestieren, mit nichts als bestenfalls Steinen bewaffnet, gegen die Mauer und gegen die Besatzung. Sie stehen

einer hochgerüsteten Armee gegenüber, deren Willkür sie ausgeliefert sind. In Bil'in wurden einige Tage nach den Freitagsprotesten, bei denen wir anwesend waren, zwei Kinder von 11 und 12 Jahren festgenommen und ihnen solange mit Administrationshaft gedroht, bis sie die Namen der Mitglieder des Dorfkomitees preisgaben. Administrationshaft bedeutet, dass Menschen in Haft genommen werden, ohne einen Richter zu sehen. Diese Form der Haft kann alle 6 Monate verlängert werden. Mehrere Kinder wurden auch in Nil'in festgenommen.

In den letzten Wochen wurden über hundert Israelis festgenommen. Sie bleiben allerdings nicht in Haft, wenn sie eine Kaution bezahlen. Vor ein paar Tagen wurde der Vorsteher des Dorfkomitees von Bil'in verhaftet. 12 000 politische palästinensische Gefangene gibt es schon, davon sehr viele in Administrationshaft und viele Kinder von 10 Jahren an. Derzeit werden mehr und mehr internationale AktivistInnen ausgewiesen. Trotz der wachsenden Repression gegen israelische Menschenrechtsgruppen und Dörfer im sozialen Ungehorsam steigt die Zahl der Dörfer im Widerstand weiter an, obwohl 11-15% der Menschen im Knast sind. Auch die Nähe zwischen israelischem und palästinensischem Widerstand wächst ständig.

Wie ein Siedler über die PalästinenserInnen sagte: Entweder sie gehen, oder sie werden leben wie die Hunde.

Unsere Achtung vor der Arbeit der Anarchists Against The Wall ist angesichts dieser Erfahrungen sehr groß. Wir haben versprochen, ihnen Material von den Zapatistas zukommen zu lassen. Die Menschen vor Ort hatten großes Interesse an dem Kampf der zapatistischen Gemeinden. Ein Grund mehr für uns, in Kontakt zu bleiben und regelmäßig Infos auszutauschen – über die Widerständigkeiten in Chiapas, Palästina und in unseren eigenen Welten.

Eine aus der Reisegruppe

Wer sich mehr für die Arbeit der Awalls interessiert und/oder spenden möchte, kann das unter folgender Internetadresse tun:

www.awalls.org/donations

Allein für die Anarchists sind derzeit 15.000,- USD offen. Da auch Kautionen für PalästinenserInnen gezahlt werden, erhöht sich dieser Betrag nochmal.

Graswurzelrevolution Nr. 345, Januar 2010: Deutsche Kriegspolitik in Afghanistan; Kriegsnobelpreis für Obama; EU-Abwehrpolitik gegen Flüchtlinge; Heim ins Reich mit Kristina; „Opferpolitik"; Bildungsstreik; Berichte aus der Schweiz, Indien, Griechenland, Mexiko, Namibia, „Jamaika" im Saarland; Albert Camus; Jugendzeitung *utopia* Nr. 14, u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.), Probeheft kostenlos bei: **GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, www.graswurzel.net**

graswurzel revolution

Europäisches Solidaritätstreffen in Paris

Vom 15.-17. Januar 2010 fand in Paris das Europäische Treffen von Gruppen und Personen in Solidarität mit der zapatistischen Bewegung statt. Knapp 80 Personen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Mexiko, Spanien und der Türkei nahmen an dem Treffen teil.

Thematisch ging es sowohl um die Situation der Zapatistas und anderer sozialer Bewegungen in Mexiko, als auch um europäische gesellschaftliche Kämpfe. Bei dem intensiven Austausch wurde deutlich, dass die Situation der Migrantinnen und Migranten in allen Ländern Europas besorgniserregend bis dramatisch ist. Nahezu überall werden Flüchtlinge kriminalisiert, inhaftiert, ausgegrenzt, abgeschoben oder unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ausgebeutet. Vertreter organisierter "Sans Papiers" berichteten, dass im Großraum Paris über 6.000 illegalisierte Arbeiterinnen und Arbeiter für Papiere, aber auch für bessere Arbeitsbedingungen streiken - mit Aussichten auf Erfolg.

Des weiteren wurde mehrfach betont, dass Europa immer stärker zu einer Festung ausgebaut wird, dass die Überwachung der Menschen generell zunimmt und dass die Regierungen immer öfter die eigenen Gesetze brechen, wenn es um Verfolgung und Repression gegen sozialen Bewegungen geht. Aber es wurden auch positive Beispiele genannt, wie massenweise Hausbesetzungen in Italien, die Gründung zahlreicher linker Kollektive in Griechenland oder die allgemein wieder zunehmende Suche und Realisierung alternativer Lebens- und Arbeitsformen.

Zum Themenkomplex Mexiko gab es neben einem Informationsaustausch verschiedene Arbeitsgruppen zu Solidaritätsprojekten (v.a. im medizinischen Bereich) vor Ort, zur europaweiten Koordinierung von Protesten (z.B. gegen europäische Firmen, die in Mexiko für Vertreibung und Kriminalisierung und Umweltzerstörung aktiv sind) oder zum solidarischen Handel mit Produkten aus Gemeinden im Widerstand. Ein Teilaspekt war auch die vollkommen neu überarbeitete und stark augeweitete Homepage: europazapatista.org. Alle Interessentinnen und Interessenten sind aufgerufen, die Seite zu nutzen und mitzugestalten und ihre Aktivitäten dort zu dokumentieren. Das Treffen hat bewiesen, dass die europäische Solidaritätsbewegung weiter existiert und sich nach wie vor auch stark in lokale Kämpfe einbringt.

Gruppe B.A.S.T.A. 30.1.2010

Neuerscheinung:

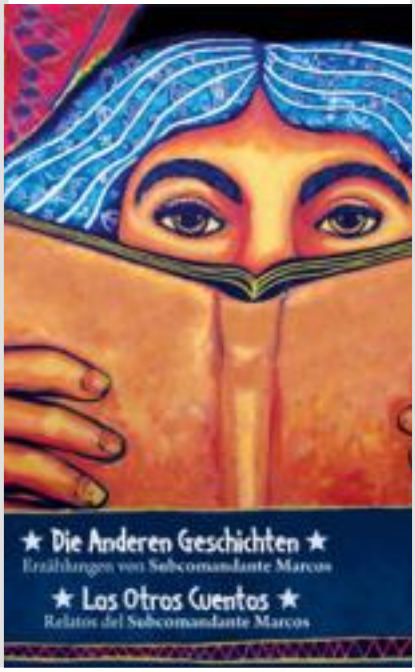
Die anderen Geschichten
Los Otros Cuentos

Erzählungen von / Relatos del Subcomandante Marcos

Die politisch-philosophischen Botschaften des Sprechers der EZLN aus Chiapas werden dort wie hier als Anregungen für eine radikal-emanzipatorische Praxis gelesen. Die Neuerscheinigung beinhaltet zehn Geschichten als zweisprachiges Hör- und Lesebuch mit großformatigen Fotoeindrücken in Farbe aus den Autonomen Gemeinden im Widerstand.

Das Hörbuch entstand als argentinisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt und wird vom RedAktions-Team des Ya-Basta-Netzes herausgegeben. Der Erlös kommt den Räten der Guten Regierung der Zapatistischen Gemeinden zugute.

ISBN: 987-3-89771-036-8
Unrast-Verlag
Ausstattung: br., ca. 128 Seiten
Erscheint vorrauss. April 2010
inkl. Hörbuch-CD
zweisprachig Spanisch/Deutsch



Weil's Not tut und Spass macht:

Die Welt verändern

Hier und Jetzt von Unten und Links

Bildung
Ökonomie
Ernährung
Kultur
Gender
Migration
Umwelt/Klima
Internationales
Gesundheit

Los gehts am 7.Mai um 18 Uhr im Café Exzess, Leipziger Straße 91.
Das Treffen findet dort und in der Au 14-16 (Rödelheim) statt. Zeltplätze und Kinderbetreuung sind vorhanden,
die Verpflegung ist vegan
Hunde dürfen leider nicht in die Au. Das Treffen ist kostenlos, wir hoffen aber sehr auf eure Spenden.
Kontakt/Anmeldung :
Cafe antisistema c/o Infoladen Frankfurt, Leipziger Str. 91, 60485 Frankfurt/M
cafe-antisistema@gmx.de.

Rebellisches Zusammentreffen

Frankfurt/Main 7.-9.5.2010

TIERRA Y LIBERTAD

Nr.67 - Frühjhr 2010

In Papierform zu bestellen unter:
abolandundfreiheit@riseup.net